

Volkswacht

Die Wochenschrift erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 45 Pf., vierteljährlich 1,25 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreise:
Die 6spaltige Zeile 30 Pf., für 4 Spalten 35 Pf., die 2spaltige 40 Pf., die 1spaltige 45 Pf. Anzeigen mit Bildbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 7

Danzig, Sonnabend den 16. Februar 1918

9. Jahrgang

Frieden im Osten?

Ist es der Anfang?

Bedeutungsvolle politische Nachrichten liegen der Welt vor: eine äußerst wichtige Botschaft Wilsons für den allgemeinen Frieden, seine Antwort an Hertling und Czernin, und nähere Mitteilungen über die Friedenssachverhalte im Osten, die durch kein künstlich geschürtes Mißtrauen der deutschen Presse geleugnet werden können. Wie ernst es den Russen mit der Beendigung des Kriegszustandes ist, zeigt das Telegramm, mit dem sie diesen ihren Truppen bekanntgeben. Der russische Oberbefehlshaber Kurlenko — auch seine Gefangenennahme durch die Polen war eine Zeitungsente aus der Zeit, in welcher der Verfall der Bolschewiki bewiesen werden mußte — hat in einem Funkpruch „An alle“ den russischen Soldaten Mitteilung vom Demobilisationsbefehl gemacht. Er lautet:

„Friede! Friede! Friede!“

Der Krieg ist beendet, die verübte Menschenschlächterei hat ein Ende genommen. Die Demobilisierung wird hierdurch bekannt gegeben. Ich bitte die Kameraden, ihren Abtransport ruhig abzuwarten und das allgemeine Eigentum auch weiterhin gut zu verwahren. Die Friedensfeiern dürfen durch nichts gestört werden.“

Zwar wird behauptet, daß drei Stunden später die Verbreitung dieses Telegramms durch einen unbekanntem Herrn Florowski eingestellt worden sei, aber das gehört wohl zu den Nachschöpfungen, die überall zur Abtötung der Friedensstimmung getroffen werden. Daß die Botschaft des Friedens für Rußland irgendwie aufgehoben sei, mag man nirgends zu behaupten.

Im Gegenteil, es ist die wichtigste politische Tagesfrage und der Reichskanzler Graf Hertling und Staatssekretär von Kühlmann begaben sich zum Kaiser ins Große Hauptquartier, um diese neue Lage zu besprechen.

Der Kopenhagener „Sozialdemokrat“, der diesmal von Wolffs Bureau weitergegeben wird, faßt die augenblickliche Lage so zusammen:

Der Friedensschluß mit Rußland, der unmittelbar dem Frieden mit der Ukraine folgte, ist von weittragender Bedeutung. Der Friedensschluß mit Rumänien ist nur noch eine Frage der Zeit und damit der Frieden auf der ganzen Ostfront Latente. Mit einem Schlage hat der Charakter des Krieges gewechselt. Die Mittelmächte haben zukünftig nur noch auf einer Front zu kämpfen und dies bedeutet eine mächtige entscheidende Stärkung.

Den Westmächten muß es nun klar sein, daß sie nicht siegen können. Wenn sie jemals derartige Hoffnungen gehegt haben, so sollte das nach dem Friedensschluß im Osten nicht mehr der Fall sein. Die Bedeutung des russischen Friedensschlusses liegt darin, daß die Staatsmänner der Entente vor die harte Notwendigkeit, eine Entscheidung treffen zu müssen, gestellt sind. Das Schlagwort von dem schließlichen Siege ist durch das endgültige Ausscheiden Rußlands zur Unmöglichkeit geworden.

„Sozialdemokraten“ fragt schließlich, ob sie mit sehenden Augen dem Abgrund zuschreiten und durch einen weiteren zweiseitigen Krieg in Mitteleuropa eine Anarchie hervorrufen wollen, gegen welche die russische ein Kinderpiel ist. Vorläufig scheint die Verblendung noch zu herrschen.

Der König von England hat sein Unterhaus abermals mit einer Kriegsfortsetzungsrede beschäftigt und durch einen weiteren so üblich ist, mit den Worten geschlossen: „Der allmächtige Gott möge ihre Arbeit segnen!“ Was von dem allmächtigen Gott jetzt überall verlangt wird! Wir wollen auf dieses Gebiet heute nicht eingehen, so verlockend es auch wäre. Denn wichtiger als die alten englischen Phrasen ist die

Botschaft Wilsons.

die wir unten wiedergeben. Das deutsche Lesepublikum ist etwas abgehärtet gegen die langen Bandwurmbreden der Staatsmänner, trotzdem möchten wir dem unseren das Studium der Wilsonschen Rede ans Herz legen. Es sind die Vorgespräche des Friedens, die vor aller Welt stattfinden, wie der Redner selbst sagt, und die jeder kennen muß, wie er sich auch dazu stellt.

Zumal die Antwort des amerikanischen Präsidenten auf Hertling und Czernin ist von ungewöhnlicher Wichtigkeit. Sie gipfelt in dem Bekenntnis: Mit Czernin läßt sich reden, mit Hertling noch nicht und sie schärft sich zu einem Satze voll bestigter Anklage zu, wo er sagt:

Es ist ein tragischer Umstand, daß diese eine Partei in Deutschland anscheinend willens und fähig ist, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verhindern, was alle Welt nur als gerecht ansieht.

Was ist es, was Deutschland nach Wilson allein will und alle anderen angeblich nicht zugeben können? Die Ordnung der Welt nach dem Recht des Stärkeren, nach dem Prinzip der Gewalt! Wilson will nicht, daß einfach derjenige die Welt verteilt und die Völker unter die oder jene Herrschaft zwingt, der den Nachbarn militärisch niedergeschlagen hat, sondern er will „die Weltordnung der Vernunft und Gerechtigkeit“, wie er es nennt. Er faßt das in dem plastischen Satze zusammen:

„Die Völker dürfen nur noch gemäß ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden.“

Ein Satz, dem wir vollkommen zustimmen und von dem nur gesagt werden kann, daß er bisher bei den Verbündeten des Herrn Wilson ebensowenig erfüllt ist als anderswo. Die Prinzipien des amerikanischen Präsidenten, die in der neuen Botschaft aufgestellt werden, sind durchaus richtig; ob und inwieweit sie ehrlich gemeint sind, also zur Richtschnur des eigenen Handelns im amerikanischen Milliardärstaat gemacht worden sind, das ist allerdings eine andere Frage. Herr Wilson predigt laut die Demokratie — den anderen und sieht über die kapitalistische Plutokratie des eigenen Landes und der Verbündeten schonend hinweg. Immerhin, die Grundsätze, die er aufstellt, sind für die Völker der höchsten Beachtung wert und Graf Hertling wird sich mit ihnen auseinandersetzen müssen. Wilson erinnert ihn ausdrücklich an den Reichstagsbeschluss vom 19. Juli, ladet ihn zu weiterer Aussprache ein und sagt ihm ausdrücklich, daß der Weltfriede „von der Annahme irgend einer Gruppe bestimmter Vorschläge nicht abhängt“. Es kommt ihm nicht auf irgend einen Länderhandel, irgend eine Grenzverschiebung an, sondern auf das einzige Problem:

Soll die Gewalt des Stärkeren, soll der militärische Sieger die Weltordnung diktieren, oder soll das der Gerichtshof der ganzen Menschheit, soll es eine Liga sich vereinender Nationen tun? Es ist das Problem des Verständigungsfriedens, das immer dem Siegesfrieden entgegengestellt wird und in diesem Punkte stimmen wir mit Wilson überein.

Wenn man in Berlin, aber auch auf der Konferenz in Versailles, die ja wegen der russischen Ereignisse erneut zusammenzutreten soll, sich auf diese Grundsätze festlegen würde, dann kann in der Tat an Stelle des neuen Schlachtens der allgemeine Friede treten.

Wilson's Botschaft an uns

W. L. B. Washington, 12. Februar. (Reuter.) In seiner Rede, die Wilson heute im Kongress hielt, führte er aus:

Auf meine Rede vom 8. Januar und die des englischen Premierministers vom 8. Januar haben der deutsche Reichskanzler und Graf Czernin am 24. Januar geantwortet.

Die Antwort des Grafen Czernin ist in einem sehr freundlichen Tone gehalten. Er erwidert in meiner Erklärung eine Grundfrage für eine eingehendere Besprechung der Kriegsziele. Wenn er angedeutet haben soll, daß mir seine Ansichten zuvor mitgeteilt wurden, so ist er sicherlich mißverstanden worden. Ich hatte keine Mitteilung vorher von dem, was er zu sagen beabsichtigte.

Graf Hertlings Antwort ist sehr unbestimmt und voll zweideutiger Sätze. Sie bestätigt leider mehr den ungünstigsten Eindruck, den wir aus den Konferenzen in Brest-Litowsk gewonnen haben, als daß sie ihn beseitigt. Er weigert sich, unsere allgemeinen Grundsätze auf die wesentlichen Punkte für eine endgültige Abmachung anzunehmen. Er ist mißtraulich gegen eine internationale Aktion und gegen internationale Beratungen. Er scheint darauf zu bestehen, daß der Grundsatz öffentlicher Diplomatie auf Allgemeinheit beschränkt werde und daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiets- und Staatsoberhoheit, von deren Lösung die Annahme des Friedens seitens der 23 jetzt im Kriege befindlichen Staaten abhängt, nicht in allgemeinen Beratungen, sondern getrennt von den in der Folge ihrer Nachbarschaft nächst beteiligten Nationen erörtert und geschlichtet werden. Er stimmt der Freiheit der Welt zu, aber ist weifelhaft über eine Beschränkung dieser Freiheit durch internationale im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen. Er erhebt keine Einwendungen gegen eine Beschränkung der Rüstungen. Diese Angelegenheit würde sich durch die wirtschaftliche Lage nach dem Kriege von selbst regeln. Die deutschen Kolonien aber, verlangt er, müssen ohne Erörterung zurückgestellt werden. Er will nur mit Rußland über das Schicksal der baltischen Länder, mit der französischen Regierung über die Räumung des französischen Gebietes, mit Oesterreich über Polen verhandeln. Die Lösung aller, die Balkanstaaten betreffenden Fragen überweist er Oesterreich und der Türkei, die Vereinbarungen hinsichtlich der nicht türkischen, dem gegenwärtigen osmanischen Reiche zugehörigen Völker den türkischen Behörden allein. Nachdem ein Akt kommen in dieser Weise nach allen Seiten durch Einzelverhandlungen erzielt ist, hätte er keine Einwendung gegen eine Liga der Nationen zur Sicherung des Gleichgewichts der Kräfte gegen Störungen nach außen.

Auf einer solchen Basis kann aber unmöglich ein allgemeiner Friede erzielt werden.

Die Methode des deutschen Reichskanzlers ist jene des Kongresses von Wien. Wir können und wollen nicht dahin zurückkehren. Auf dem Spiele steht der Weltfriede, eine neue Weltordnung, aufgebaut auf den weislichen und allumfassenden Grundsätzen von Recht und

Gerechtigkeit. Es ist möglich, daß Graf Hertling dies nicht sieht oder nicht versteht. Hat er die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli vollkommen vergessen oder übersteht er sie absichtlich? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausbehnung oder von Vereinbarungen von Staat zu Staat. Der Weltfriede hängt von der gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme ab, auf welche ich hingewiesen habe. Diese Probleme, jedes für sich und insgesamt, gehen die ganze Welt an und nur, wenn sie im Geiste selbstloser und unbefangener Gerechtigkeit gelöst werden, kann ein dauernder Friede erreicht werden. Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Menschheit, und was durch militärische Macht geschlichtet, ist, wenn in ungerechter Weise geschehen, keineswegs beigelegt. Ist sich Graf Hertling nicht bewußt, daß er jetzt in einem Gerichtshof der ganzen Menschheit spricht? Die Reichstagsentscheidung vom Juli hat die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen. Es soll weder Annerkennung, noch Entschädigungen oder strafweise Schadenersatz geben. Die Völker dürfen nur noch gemäß ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden. Das Selbstbestimmungsrecht ist ein gebietlicher Grundsatz, den die Staatsmänner künftig nur für ihre eigene Gefahr mißachten dürfen. Ein allgemeiner Friede kann nicht aus getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengefügt werden; alle Teilnehmer an diesem Kriege müssen sich zur Schlichtung jeder Frage, an der sie irgendwas beteiligt sind, zusammenfinden und

jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteil unterstellt werden. Die Vereinigten Staaten haben keinen Grund, sich in europäischen Verhältnissen einzumischen oder als Schiedsrichter zu fungieren. Es ist unter ihrer Würde, sich einer inneren Schwäche oder Zerrüttung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen.

Sie werden es gern hinnehmen, wenn man es Ihnen verständlich macht, daß die von Ihnen vorgeschlagenen Lösungen nicht die besten und dauerhaftesten sind.

Die Vereinigten Staaten sind jedoch in diesen Krieg eingetreten, weil sie, so gewalt oder nicht, zu Mitbetroffenen in den Leiden und der Ungebühr, die von den militärischen Herren Deutschlands dem Frieden und der Sicherheit der Menschheit zugefügt wurden, gemacht worden sind und die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebenso sehr als irgendeine andere Nation, der eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Zivilisation zukommt.

Wir sehen keinen Weg zu einem Frieden, bis die Ursachen dieses Krieges beseitigt werden und ihre Wiederkehr, soweit erreichbar, unmöglich gemacht wird.

Dieser Krieg hat seine Wurzeln in der Nichtbeachtung der Rechte der kleinen Nationen und Rassen, denen die Einigkeit und die Macht fehlte, ihre Ansprüche, ihre eigene Staatszugehörigkeit und ihre eigene Form des politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen und die vereinigte Macht aller Nationen, die die Gerechtigkeit lieben, müssen solche Dinge künftig unmöglich machen.

Wenn nun aber Gebietsfragen und politische Beziehungen der großen Völker, die keine organisierte Widerstandsarmee haben, durch Verträge zwischen den mächtigen Regierungen, die sich für nächstbeteiligt halten, bestimmt werden sollen, wie Hertling vorschlägt, warum nicht auch wirtschaftliche Fragen? Die internationalen Beziehungen der Völker werden ebenso sehr berührt wie der Zutritt zu den Rohmaterialien und zu den billigen, gleichen Handelsbeziehungen.

Graf Czernin scheint einen klaren Blick für die fundamentalen Elemente des Krieges zu haben, jedoch scheint er sie verbunkeln zu wollen. Er sieht ein, daß ein

unabhängiges Polen, zusammengestellt aus allen Ländern der polnischen Rasse gebildet werden muß.

Er sieht ferner ein, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß. Wenn er über Fragen schweigt, die die Interessen und Absichten seiner Verbündeten näher als die Oesterreich allein berühren, so ist dies natürlich und er fühlt, daß Oesterreich auf die Kriegsziele, wie sie von den Vereinigten Staaten ausgedrückt wurden mit weniger Schwierigkeiten eingehen kann, als dies Deutschland möglich ist. Er würde wahrscheinlich noch weiter gegangen sein, wenn er auf Oesterreichs Bündnis und seine Abhängigkeit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gehabt hätte. Die Entscheidung, ob es den beiden Regierungen unmöglich sein wird, in diesen Austausch der Ansichten fortzuschreiten, ist einfach und klar.

Die anzuwendenden Grundsätze

sind folgende:

1. Daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in einem bestimmten Falle und auf einen solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird.

2. Die Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herangeschoben werden.

3. Daß jedoch die Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß.

4. Daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue Parteien von Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen.

Ein allgemeiner Friede auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede gesichert ist,

haben wir keine andere Wahl, als den Krieg fortzusetzen.

Soweit wir es beurteilen können, sind diese Grundsätze schon überall als zwingend akzeptiert worden, außer von den Wortführern der deutschen Militär- und Annerkennungspartei. Es ist ein tragischer Umstand, daß diese eine Partei in Deutschland willens und fähig ist, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verhindern, was alle Welt als gerecht ansieht. Ich wäre kein wahrhafter Wort-

Über des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht noch mehr sagen würde, daß wir in diesen Krieg wegen seines kleinen Anlasses eingetreten sind und daß wir auf dem grandiosen eingeschlagenen Wege niemals umkehren können. Unsere Hilfswaffen sind jetzt teilweise mobilisiert und wir werden nicht ruhen, bis dies nicht im Ganzen geschehen ist.

Unsere Truppenbewegungen werden noch beschleunigt werden. Unsere ganze Kraft wird in diesem Kriege zur Befreiung von der Bedrückung und von der Vorherrschaft selbsthüchiger Gruppen von autokratischen Herrschern eingesetzt werden. Wir sind in unserer Kraft der unabhängigen Tat unbeschränkt und können unter keinen Umständen zurückweichen, in einer Welt, die von Mäkten und Gewalt regiert wird, zu leben. Wir werden dabei, daß unser eigenes Verhalten nach einer neuen Weltordnung, in welcher Vernunft, Gerechtigkeit und das allgemeine Interesse der Menschheit regiert, das Verlangen der aufgestellten Menschheit überall ist. Ohne diese neue Weltordnung wird die Welt ohne Frieden bleiben. Ertzliche Gerechtigkeit und Gleichmütigkeit werden werden sein. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben werden wir nicht mehr umkehren. Mein Wort, das ich gesagt habe, ist als Drohung gemeint. Ich habe so gesprochen, nur damit die ganze Welt die wirkliche Stimmung Amerikas kennen lernen möge. Die Macht der Vereinigten Staaten ist für keine Nation und kein Volk eine Bedrohung. Sie entspringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.

Unterwerfung auf Gnade und Ungnade

Von N. Grigorjans.

Die Situation, vor welche sich die russischen Friedensunterhändler gestellt haben, war die:

Die durch den revolutionären Zustand der russischen Arbeiterschaft und des russischen Volkes von den Fesseln des Zarenums befreite Ukraine den Augenblick der größten Verlegenheit, um sich von dem Gesamtstaate loszureißen und um auf dem Wege internationaler Abmachungen ihre Selbständigkeit zu behaupten. Zu gleicher Zeit befindet sich das Rußland der Volkswirtschaft mit den Ukrainern im Kriegszustand. Auf Seiten der Ukrainer befindet sich eine Reihe schwerer wettmachender Vorteile, so z. B. bessere Lebensmittelversorgung, Kohlenreichtum usw. Durch den Friedenszustand mit den Mittelmächten würden dann, da der Friede zwischen den Mittelmächten und Rußland noch nicht zustande gekommen war, die Grundzüge der Einheitsfront zur Anwendung kommen. Die bolschewistischen Streitkräfte würden auf die technisch ungleich vollkommeneren Organisation und Hilfsmittel ihres ukrainischen Gegners stoßen.

Die Forderung im Lande hat den Höchstpunkt erreicht. Es ist einfach unmöglich, sich vorzustellen, wie das ganze Leben in Rußland aus allen Angeln gehoben worden ist. Hunger und Kälte, fast kein Eisenbahn- und Postverkehr, furchtbare Willkür, Drangsalierungen und Peinigungen, das Anhören jedes organisatorischen Elements im wirtschaftlichen und öffentlichen Verkehr, — diese unverhüllte Anarchie, die die engstirnigen Phantasten des verbotenen Bolschewismus die Verwirklichung des Sozialismus nennen, macht die Kriegführung zur Unmöglichkeit. Dazu noch der Zustand der Armee, der für niemanden ein Geheimnis mehr bildet. Bezahlte Agenten, die böswilligen Landesverräter können müßere Zustände, könnten keine größere Desorganisation des ganzen Staates verursachen, als diese Überlegen und Propheten des Bürgerkrieges.

Andererseits war es aller Welt bekannt, daß auf deutscher Seite die Absicht bestand, die Brest-Litowsker Verhandlungen abubrechen. Die öffentliche Meinung, gespeist durch die Presse, war der Ansicht, daß die russischen Friedensunterhändler die Verhandlungen verschleppen. Trotz hat in einer der letzten Sitzungen in Brest-Litowsk dagegen mit dem Hinweis protestiert, daß nichts eindeutiger und gradliniger sein könne als die russischen Forderungen. Die Diskussionen über verschiedene Definitionen und die Hervorhebung von Streitpunkten seien nicht von den Russen veranlaßt. Die Tatsache bleibt aber bestehen, daß die deutsche Delegation die Rücklosigkeit der weiteren Verhandlungen anerkannte. Die Presse veranlaßt, daß der — wie der geläufige Ausdruck lautet — Verschleppungsakt ein Ende bereitet werde. Der Abbruch der Friedensverhandlungen ruhte unmittelbar die Erneuerung des Kriegszustandes mit den Mittelmächten nach sich ziehen. Krieg im Innern, Krieg an den Grenzen, völlige Unterbrechung der Lebensmittelfuhr, eine aufgelöste Armee, unendlicher Jammer allerorts — alles trübselig ohne jeglichen Ausweg. In eine weitere Kriegführung konnte nicht gedacht werden.

In dieser Situation entschloß sich Trotzki zu einem Schachzug, der für alle Welt die größte Überraschung brachte. Da er keinen Ausweg sah und ein weiteres Hinziehen der Verhandlungen die Folge haben konnte, daß die Öffentlichkeit ihm die Schuld an ihrem Scheitern zuschieben würde, so mußte er nichts anderes zu tun, als die Waffen zu strecken. Er handelt hierbei getreu seinem Paktungsanspruch, dem Sozialistischen „Ausprechen, was ist.“ Er erklärt der Gegenpartei: Rußland ist machtlos und außerstande. Die Prinzipien unserer Revolution mit den Waffen in der Hand durchzusetzen. Ihr habt wiederholt, zuletzt durch den Mund des österreichisch-ungarischen Ministers des Außenwerts erklärt, daß ihr einem Frieden huldigt, der auf den Prinzipien der Annexionen und Kontributionen beruht sowie des Selbstbestimmungsrechts der Völker aufgedacht sein soll. Nun, wehlan. Wir erklären es Euch, die Welt nach diesen Prinzipien zu ordnen zeigt, wie Ihr sie zu verwirklichen trachtet!

Ein Bild in die Abendzeitungen befördert, daß das Moskauer zunächst keinen Zweck zu erreichen scheint. Der Schachzug Trotzki geht offenbar dahin, die Gegenpartei zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen. Diese Arbeit ist indessen in den Aufstellungen der Presse nicht zu finden. Dagegen finden sich Andeutungen dahin, daß die Lage in den baltischen Provinzen hinter der russischen Front durch Bemühungen der abgehenden Soldaten trübselig werden dürfte, so daß die Russen, für Aufbruchnahme oder Wiederberückung der Ruhe dort zu sorgen, nicht aus der Welt geschafft wird.

Da der Lat durch die Demobilisierung entstehen für Rußland ein recht schmerzliches, die ungeheure Leiden für alle Schicksalen im Gefolge haben werden. Wie dies alles überwunden werden wird, ist nicht auszusagen. Dazu kommt die ungewisse Erklärung aller Bürgerlichen und auch weiler nicht bürgerlichen Kreise gegen die Bolschewiki und ihre Politik, das wiederholende Gefühl der üblichen Minderlinge. Der Kredit der Revolution ist in den Bolschewiki schwer erschüttert.

Wiederholend steht auf dem Spiel, was immer und von wem bedroht, was so berlich aufging und was wirklich Glück und Sonne der Arbeiterklasse und der Menschheit hätte bringen können.

Sur weiteren Stellung gegen Rußland

Der „Vorwärts“ erörtert getrennt die Möglichkeiten, die der jetzt mit Rußland bestehende ungewöhnliche Zustand des einseitig, ohne Beschluß eines Friedensvertrages, aufgetretenen Kriegszustandes den Mittelmächten läßt. Unter Zentralsorgan meint, wie wir bereits hervorgehoben haben, daß die militärisch siegreich gebliebenen Gegner Rußlands fast ausschließlich nicht gehindert werden können, weiter in das wehrlose Land einzudringen und ihm schließlich doch den Friedensvertrag abzutrotzen. Der „Vorwärts“ mahnt jedoch von diesem Entschluß ab. Der Friedensvertrag sei nicht eine Vereinbarung über Sachen, wie ihn die großkapitalistischen Scharfmacher der „Watersandspartei“ bei ihrer Hyänen-Politik aufgefaßt wissen wollen, sondern eine Verständigung unter Menschen über ihre Gegenwart und Zukunft. Er entscheide nicht bloß, über die Zukunft des besiegten, sondern auch über die des siegreichen Volkes. Er müsse daher ein Band sein, das die Völker kulturell miteinander verbinde und nicht ein Joch, das abgeschüttelt werde, wenn die Machtverhältnisse es wieder gestatten! Sene, „die immer entschieden wollen, sie wissen nur nicht was“, hören wir ungeduldig fragen: „Ihr wollt also nichts Entscheidendes tun?“ Darauf antworten wir: „Wir wollen alles tun, was in unserer Macht liegt, um die deutsche Politik von verhängnisvollen Bahnen fernzuhalten. Wir wollen alles, was in unserer Macht liegt, tun, damit mit ganz Rußland, wie mit der Ukraine, ein Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen geschlossen wird, wie er den Interessen des deutschen und des russischen Volkes entspricht. Räte ein solcher Frieden nicht zustande, so würden wir die Verantwortung dafür mit gutem Gewissen auf die Schultern derer legen, die ihn nicht gewollt haben.“

In diesem Sinne sagen wir noch einmal, daß dieser Weltkrieg nur dann zu einem heilsamen Ende gebracht werden kann,

wenn die militärische Wirkung durch eine weit vorausschauende Politik reguliert wird. Eine solche Politik fordert zum mindesten, daß die Entschädigung über die fernere Gestaltung der Dinge im Osten jetzt, nach der russischen Erklärung, so lange in Schwebeliege bleibt, bis ein endgültiger Friedensschluß ohne Annexionen und Entschädigungen möglich geworden ist. Daß also diejenigen recht behalten, die in der russischen Erklärung die Worte „Beendigung des Kriegszustandes“ mit Freude begrüßten und als nächste Folge den baldigen Abschluß eines auf sichereren Fundamenten gegründeten Friedens fehrlich herbeiwünschen.

Verhandlungen mit Rumänien?

M. L. B. Berlin, 12. Februar. Wie die Abendblätter melden, machte der russische Oberbefehlshaber Kurlento, dessen angebliche Gefangennahme durch polnische Truppen sich nicht bewahrheitet, in Gemeinschaft mit dem Mitglied des Obersten Kollegiums Florowski in einem Funkpruch „An alle“ den russischen Soldaten die Mitteilung von dem Demobilisationsbefehl. „Frieden, Frieden, Frieden, der Krieg ist zu Ende“, hieß es in dem Funkpruch, der mit der Aufforderung schloß, die Disziplin zu wahren und durch keine Ausschreitungen die Friedensfeier zu stören. Drei Stunden nach Ausgabe dieses Funkpruchs erging ein neuer Befehl Florowskis, die Verbreitung der Mitteilung einzustellen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, forderte der Verbund die rumänische Regierung in Jassy auf, in Verhandlungen einzutreten. Er ersuchte die rumänische Regierung, bis Mittwochabend mitzuteilen, ob sie zu Verhandlungen bereit sei oder nicht. Der Rücktritt Bratianus und seine Ersetzung durch General Averescu dürfte natürlich auf diese Aufforderung zurückzuführen sein. In Form eines Ultimatus, das eine Drohung in sich schließt, wurde die Aufforderung nicht gegeben.

Wachsendes Großkapital

Von Wilh. Reil, M. d. N.

Die wirtschaftliche Entwicklung nimmt im Kriege einen geradezu sprunghaften Verlauf. Man hat — mit vollem Recht — von den Fortschritten der Technik und der Chemie gesagt, sie seien in den wenigen Kriegsjahren größer als vorher in einem Jahrhundert. In demselben ungeahnten Tempo vollzieht sich die Kapitalanhäufung in wenigen Händen, der Zusammenkauf der großen Kapitalisten zu mächtigen Konzernen, die Steigerung der Kapitalkraft der einzelnen Riesenunternehmungen.

Am greifbarsten tritt das Streben nach Angliederung und Vergrößerung bei den Banken zutage. Die Banken, die in der ersten Kriegszeit eine Periode der Unsicherheit durchzumachen hatten, haben in den Jahren 1916 und 1917 infolge der zunehmenden Geldflüssigkeit sehr gute Geschäfte gemacht. Aus dem bis 1. Dezember 1917 unkontrollierten Börsengeschäft — erst vom 1. Dezember an wurden die amtlichen Börsenturrie wieder eingeführt — aus den Kriegsanleihebegehungen und aus dem Depositionsgeschäft mit seiner weiten Zinspanne, erzielen sie reiche Gewinne. Die riesenhafte Kapitalkraft der größten Bankunternehmungen aber steigert in dem Maße, in dem sie wächst, auch ihre Anziehungskraft, die zur Ausfugung kleinerer Betriebe führt. Als im Jahre 1917 nahm, um nur die größten Fusionen zu erwähnen, die Deutsche Bank den Schlesischen Bankverein und die Norddeutsche Kreditanstalt in sich auf, eröffnete eine Zweigstelle in Sofia und kündigte eine solche in Bukarest an. Die Diskontogesellschaft übernahm die Königsberger und die Hamburger Vereinsbank, den Magdeburger Bankverein und einige kleinere Geschäfte im Westen. Die mit der Diskontogesellschaft in engen Beziehungen stehende Allgemeine Deutsche Kreditanstalt räumt unter den kleineren sächsischen, die gleichfalls zur Gruppe der Diskontogesellschaft zählende Bayerische Hypothek- und Wechselbank unter den bayerischen Privatbankgeschäften eifrig auf. Die Dresdener Bank verschlang mit der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft einen so fetten Happen, daß sie ihr Grundkapital von 200 auf 260 Millionen Mark zu erhöhen imstande war, wogegen dasjenige der Deutschen Bank zurzeit eine halbe Milliarde beträgt. Ohne Hinzurechnung der Mittel ihrer Tochterbanken verwalten diese drei Großbanken heute an eigenen und fremden Geldern etwa 10 Milliarden Mark! Dabei ist innerhalb dieser drei größten Finanzinstitute Deutschlands, die ein erdrückendes Übergewicht an deutscher Kapitalmacht haben, schon wieder ein enges Zusammengehen zu beobachten. Man stelle sich die Machtfülle vor, die durch diese Kapitalanhäufung in wenigen Händen vereinigt wird! Daraus läßt sich dann weiter schließen auf die gewaltigen Einflüsse, die von kleinen Kapitalistengruppen in den großen Schicksalsfragen unseres Volkes ausgeübt werden.

Die Reichsleitung hat neuerdings versucht, sich einen gewissen Einfluß auf die Kapitalanhäufung und Investierung zu sichern. Sie hat durch Bekanntmachung vom 2. November für Neugründung von Unternehmungsgesellschaften und für Kapitalerhebungen die Genehmigungspflicht eingeführt. Der Kapitalmarkt soll erstens für die Dauer des Krieges für die Befriedigung der Bedürfnisse des Reiches (Kriegsanleihen) freigehalten werden, zweitens soll für die Uebergangszeit nach dem Friedensschluß darauf Bedacht genommen werden, daß die alsdann verfügbaren Mittel mit äußerster Sparlichkeit verteilt und in die richtigen Kanäle geleitet werden. Das Gründungsfeber, das nach dem Kriege von 1870 so üble Blüten trieb, soll gezügelt oder unterdrückt werden. Man fürchte sich aber nicht über die Wirkung dieser Konzessionspflicht. Die Finanzpraktiker bedenken in den Handelsblättern die zahlreichen Umgehungsmöglichkeiten, auf denen gegenüber die Regierung ebenso ohnmächtig sein wird, wie sie es gegenüber den Händlern und Agrariern auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung ist. Wenn die preussische Regierung das Grundkapital der Seehandlung (Preussische Staatsbank) von 200 auf 260 Millionen erhöhte, um nach den Worten des Finanzministers Dr. Hergt laut dem Geldmarkt durch eigene Unternehmungen Einfluß zu gewinnen, damit der Staat sich nicht den Bedingungen einer übermächtigen Großfinanz zu fügen braucht, so wird die Großfinanz diese Bemühungen mit lächelndem Achselzucken wahrnehmen. Denn die Machtveränderung der Großbanken nimmt ihren Fortgang. Schon schied sich die Commerz- und Diskonto-

Bank Hamburg-Berlin an, zwei sächsische Mittelbanken in ihren Freundschaftsbund aufzunehmen. Bereits vor Jahresfrist wurde in der Börsenpresse festgestellt, daß kaum noch ein Dutzend deutscher Provinzbanken mit über 10 Millionen Mark Grundkapital zu keiner der Berliner Großbankengruppen zu zählen sei. Inzwischen sind diese unabhängigen Provinzbanken fast ausgestorben.

Die Regierung will aber auch gar nicht die übermächtige Großfinanz im Schach halten, sondern nur vorübergehend die Inanspruchnahme des Marktes da hinhaltend, wo es sich um Anlegen handelt, die nicht ausschließlich dazu dienen, den Bedarf des Heeres oder der Kriegswirtschaft sicherzustellen. Tatsächlich haben sich die Kapitalerhöhungen, die schon im ganzen Jahre 1917 eine starke Aufwärtsbewegung zeigten, seit Einführung der Konzessionspflicht beträchtlich vermehrt. Alle diese Kapitalerhöhungen sind glatt genehmigt worden, darunter die des Aminkonzerns, die sich auf nicht weniger als 132,6 Millionen belaufen. Auch Kapitalerhöhungen, die wie die der Daimlerwerke (von 8 auf 32 Millionen) nur dem Zweck dienen, die anders nicht zu bewältigenden Kriegsprophile einigermaßen zu verteilen, haben keinerlei Beanstandung erfahren.

Wollte die Reichsleitung, was sie eben nicht will, die „übermächtige Großfinanz“ zügeln, so gäb's zurzeit kein wirksames Mittel als die Beschneidung der Preise für Heereslieferungen auf ein vernünftiges Maß. Wie die Dinge auf diesem Gebiete sich gestaltet haben, bewirten sie nicht nur eine gefahrdrohende Stärkung der Macht weniger Kapitalgewaltiger, sondern sie steigern zugleich die Verarmung des Reiches, d. h. der hungernden Massen des deutschen Volkes, zugunsten der verhältnismäßig kleinen Zahl großer Kriegsgewinner, sie fördern die maßlose Verschwendung in einer Zeit, in der in tausend Jungen die Sparsamkeit allen Gliedern des Volkes als höchste moralische Pflicht gepredigt wird. Was braucht der in den Millionen schwimmende Kriegsgewinner zurückzuführen vor irgendeinem phantastischen Aufwand, zahlt ihm doch das Reich bei der heutigen Gestaltung der Kriegsgewinnsteuer zu jeder Luxusausgabe einen Beitrag von 50 Prozent! Auch die stattlichen Summen, die für die Zwecke der Vaterlandspartei „geopfert“ werden, sind unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Die Gewinne der kriegslustigen Vaterlandsparteiker stammen in ihrem ganzen Umfang aus den Mitteln des Reiches, von dem bescheidenen Teil aber, den das Reich als Steuer zurückfordert, wird ihm ein um so größerer Bruchteil verenthalten, je größere Summen daraus der Vaterlandspartei zur Verfügung gestellt werden. Dieser Zusammenhang und diese Wirkungen scheinen den Stamm zusehenden Reichsstellen nicht ganz unwillkommen zu sein. Anders aber denken die Millionen Männer darüber, die draußen im Felde im Grausen des Kampfes den Entbehrungen des Schützengrabensdaseins unterliegen, und die Millionen dahinter, die Familien der Kämpfer, die langsam aber sicher wirtschaftlich untergehen, während weltverehringende Heimkrieger die Riesengewinne zu unheimlicher Höhe aufhäufen.

Seefrieg

Im östlichen Mittelmeer wieder 33 000 t-Tonnen

Berlin, 13. Februar. Amtlich. Durch die Vernichtung von 33 000 Bruttoregistertonnen erlitt der Transportverkehr unserer Feinde im östlichen Mittelmeer empfindliche Einbuße. Es handelte sich hauptsächlich um nach dem Orient bestimmte Transporte. Den Hauptanteil an dem, stärksten Gegenwehr zum Trotz, erzielten Erfolge, hat Kapitänleutnant Sieb. Fünf Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen, zwei davon unmittelbar vor dem Hafen von Alexandrien. Unter den übrigen versenkten Dampfern befand sich das erst 1916 gebaute Motorship „Glenamoy“, 7239 Tonnen, ein Dampfer hatte zwar noch nach Marseille geladen, wie es sich aus der Aufschrift auf der Seite an der Untergangsstelle treibender Baumwollballen ergab. An Segelschiffen wurden vernichtet: die englischen Segler „Apostolos Andreas“ und „Lazaridis“.

„Vaterlandsverräter“

Das gut gemeinte, leider wenig beherzigte Wort Kaiser Wilhelms vom 4. August 1914: „Ich werde keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ ist längst vergessen, seine Wirkung im Sturm der Zeit verweht. Der hinter dem Walle des Belagerungsgelbes in die Erscheinung tretende Burgfriede, von Anfang ein kümmerliches Kunstprodukt, ist vorzeitig der Vergänglichkeit anheimgefallen, und wieder, wie in gefährlichsten Vorkriegszeiten, geht das böse Wort durch das Land: „Vaterlandsverräter“. Dreiundneinzigjähriges Kriegsgeschehen und ein Meer von Blut haben die törichte Anwendung dieses Wortes nicht zu wässrigen vermocht. Die Prägung erhält es von Mitgliedern derselben Kreise wie früher. Entgegengescheudert wird es heute von heißblütigen „Vaterlandsparteilern“ jedem, der im Verdacht steht, ein Kriegsende durch Verständigung zu erstreben, bevor die Menschheit verblutet ist.

Der Gedanke ist ja für einzelne Menschen geradezu empörend, daß die Völker der wahnwichtigen, immer sinnloser werdenden Selbstzerfleischung nicht mehr länger fröhnen wollen, sondern alles daran setzen, daß ihre Raden beugende Kriegsjoch abzuschütteln.

Sollte man es für möglich halten, daß es Gemütsatrobaten von solch robuster Beschaffenheit gibt, denen zweiundvierzig Monate langes, meistens allerdings nur vom Hörensagen bekanntes Kriegselend nicht ausreichend dünkt, die den traurigen Mut besitzen, das schon jetzt gewaltige Heer der Kriegstrüppel und Kranken durch endlose Kriegsauseinandersetzung vergrößern zu wollen, und die außer einigen phrasenhaften Worten nur taube Ohren für das Schluchzen der um ihre Lieben Trauernden haben? Es ist erschütternd, wie viele dieser sich blutdürstig Gebärdenden, die selbst einer gewinnbringenden, friedlichen Beschäftigung nachzugehen pflegen, in unsern Gesichtskreis treten.

Und welches Maß von verständnisloser Bösartigkeit legen sie allen Volksbestrebungen gegenüber an den Tag! Ohne die Beweggründe einer Tat zu kennen, sind diese Beschränkten im Geiste mit einem Verdammungsurteil zur Hand, wenn es sich um Menschen handelt, die eine andere Ueberzeugung vertreten, als sie selbst.

Ich denke an die hinter uns liegenden Tage des Ausstandes zurück. Niemand von all denen, die ob der übrigens geringfügigen Ausschreitungen weniger Leute in lodernbes Entzündungsfeuer gerieten, dachte daran, daß die unerhört provozierende Haltung der Vaterlandspartei in der jetzigen, mit Explosionsstoffen geladenen Zeit der Kriegsmervosität nicht unschuldig an den in Erscheinung getretenen Gegenstandgebungen des arbeitenden Volkes gewesen ist, dessen Stimme man zu überschreien bemüht ist.

Es gehört m. E. ein größeres Maß Noheit dazu, um im eigenen Versammlungshause geladene Kriegsinvaliden zu verprügeln und dann hinauszuwerfen, weil sie gegen aufgestellte Anzeigenspläne Widerspruch erhoben, als wenn sich einige wenige, kaum mit der geordneten Arbeiterbewegung in Zusammenhang zu bringende Volksglieder vergessen, und den berechtigten Ruf der Arbeiter nach Friede und gleichem Wahlrecht durch unüberlegte, oft aus dem Augenblick geborene Taten beglätten.

Nach lieb-voll gehegter Tradition der alldeutschen Presse und ihres Anhangs alle häßlichen Szenen im eigenen Hause mit Konsequenz verschwiegen, während kleine Fehltritte, oder als grobe Verbredchen wider das Vaterland ausgelegte Rundgebungen des Volkes, das durch diese oft einzige Möglichkeit, an alte, nicht eingelöste Zusagen erinnert, in direkt feindseltiger Weise ausgeschlachtet und kommentiert werden. Die dermaßen pharisäerhaft Auftretenden, unter denen sich eine große Anzahl bissefester Leute ist, denken offenbar garnicht an das beherzigenswerte Wort von dem Spittler in des Nächsten Auge und dem Balken im eigenen Auge.

Den besonnenen Anhängern der Vaterlandspartei würde sich ein weites Betätigungsfeld bieten, wenn sie die Rundgebungen und Taten ihrer Gesinnungsgenossen etwas mehr

unter die Lupe nehmen, und daraufhin prüfen wollten, ob die unternommenen Schritte tatsächlich dazu geeignet sind, der Einigung des Volkes zu dienen, wie es in dem Gründungsprogramm so schön gesagt war. Vielleicht kommt man bei gewissenhafter Prüfung und nach Rundfrage in den verschiedensten Volksteilen zu einem kaum erwarteten Resultat. Statt aber den eigenen, überlauten Schreieren auf die Finger zu klopfen und sie von der Umrichtung weiteren Unheils abzuhalten, ist man ausnahmslos mit Hehrarbeiten für einen sogenannten „Deutschen“ Eroberungskrieg beschäftigt und eifrig auf der Jagd nach „Vaterlandsfeinden und Verrätern“. Wo Letztere zu suchen sind, ist einem richtigen Alldeutschen kein Geheimnis. Natürlich finden sich diese verdammungswürdigen Elemente nur in dem Lager der Sozialisten, deren „Führer und Zeitungen ebenso selbstverständlich von feindlichem Gelde bestochen oder gekauft sind“.

Beim Lesen dieser täglich neu verbreiteten Schauerreden überzieht sich der Rücken eines ehrfamen Spießbürgers, dessen Gemüt von der in dieser Hinsicht sehr rührigen Danziger Lokalpresse mit artifiziellen Bazillen geimpft ist, mit einer vorchriftsmäßigen Gänsehaut, wenn er nur von der Sozialdemokratie und deren Tätigkeit hört, die seiner Ansicht nach doch durch Umsturz aus aller bestehenden Ordnung ein Chaos schaffen will.

Verfolgt nun ein an sich sehr harmlos-gutmütiger Bürger am Beifaden der Alldeutschen diesen Gedankenpfad weiter, so kommt er zu dem für uns recht betrüblichen Endresultat, daß es nicht nur angebracht, sondern heilige Vaterlandspflichten sei, jeden demokratisch Gesinnten, der die Unverfrorenheit besitzt, aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen, mit Feuer und Schwert zu bekämpfen. Reicht hierzu der persönliche Mut nicht aus, und dies ist meistens der Fall, so ist es immerhin schon ein lobenswertes Werk, die Verbrecher, in deren Hirn revolutionäre Gedanken gleich Ungeziefer zur Welt kommen, zu verleumden und mit wenig gewählten Worten anzugreifen. Zwang braucht man sich, da man ja infolge seiner „vaterländischen“ Gesinnung turmhoch über den Anzugreifenden steht, nicht aufzuweichen, und so geschicht's denn, daß man Arbeiter, die vielleicht aus rein idealen Beweggründen einige Tage in den Ausstand traten, um schwer errungene Menschenrechte nicht der Willkür preiszugeben, als Vaterlandsverräter brandmarkt, und nach schwersten Strafen für die begangene Unbotmäßigkeit ruft.

Von Gefängnis und Zuchthaus versprechen sich diese nur in ihrer Beschränktheit großzügigen „Menschenfreunde“ keine genügend abschreckende Wirkung. Es wird nach der Anwendung von größter Gewalt verlangt, um selbst harmlose Demonstrationsumzüge zu verhindern. Als in meiner Gegenwart von ganz Verbildeten die Frage aufgeworfen wurde, weshalb denn nicht Maschinengewehre zum Auseinanderbringen von Menschenansammlungen benutzt würden, konnte ich mich nicht enthalten, eine gebührende Antwort zu geben. Hierauf hielt man mir ganz malw entgegen, daß ich dann ja auch zu den Vaterlandsverrättern zu zählen sei! Ob dieserer Logik ist man stets aufs neue erstaunt und gleichzeitig entsetzt, denn daß es vollständig zwecklos ist, den Versuch zu machen, ähnlich Denkende zu einer verständigeren Auffassung zu bringen, unterliegt wohl keinem Zweifel. Berücksichtigt muß werden, daß die geschädigten Urteile über Zeitgeschreie nicht etwa von schuldenlosen Jungen, sondern von 30- bis 40jährigen Männern abgegeben wurden, die sich einbilden, über umfassende Erfahrungen auf allen Gebieten des Lebens zu verfügen.

Welches Maß von Licht ist erforderlich, um die dunkle Hirngewölbe vieler Zeitgenossen notdürftig zu erhellen! Bei manchem von ihnen wird es dauernd Lichterschwendung bleiben. Die Pforte ihres beschränkten Geistes kann nur durch die wichtigen Reulenschläge sich durchsetzender Notwendigkeiten geöffnet werden. Bis dahin wird auch das von böswilligen Dunkelmännern des Geistes geprägte Wort „Vaterlandsverräter“ in der bisher sinnlos angewendeten Weise ins Land gerufen werden. Kann uns dieses Bewußtsein Sorgen bereiten? Ich denke, wir stimmen ein kräftiges Gefächet an! Unter uns einig sein, ist alles, was Not tut. E. E.

Das Haus der Herrschaften

Im Laufe der Beratung der preussischen Wahlreform ist mehrfach der Wunsch ausgesprochen worden, man möge dem preussischen Herrenhaus einen anderen Namen geben. Der Name ist bekanntlich Schall und Rauch, der darin herrschende Geist ist die Hauptsache. Und in dem reformierten Herrenhause wird genau der alte rückschrittliche Geist herrschen wie früher. Weshalb also den Namen abändern? Das Herrenhaus bleibt ein Haus der „Herren“, in welchem das Volk „mit to seggen“ hat.

Die neuen Beschlüsse der Wahlreformkommission über die künftige Zusammensetzung des Herrenhauses liegen nur vor. Lange genug hats gedauert, ehe man sich schlüssig werden konnte, aber man kann nicht sagen, was lange währt, wird gut. 246 Mitglieder soll danach das Herrenhaus haben, unter diesen befinden sich 16 Vertreter der Arbeiter. Diese Arbeitervertreter sollen, so lange keine Präsentationskörper für ihre Präsentation bestehen, aus allerhöchstem Vertrauen, also vom König, berufen werden.

Nun darf man nicht annehmen, daß diese 16 Arbeitervertreter etwa Sozialdemokraten sein werden. Man wird sich dazu Mitglieder der gelben Werkvereine, die katholischen Gewerkschafter, einige Hirsch-Dundersche Gewerkschafter, vielleicht auch sonst hervorgetretene Arbeiter und, wenn das Glück hold ist, auch einige Sozialdemokraten berufen. Auch wenn Präsentationskörper gebildet sind, wird auf die Sozialdemokratie von den zugebilligten 16 Arbeitervertretern nur ein geringer Bruchteil entfallen.

Das entspricht natürlich nicht der im Volke herrschenden Ueberzeugung. Die besitzenden Klassen haben aber eine solche Furcht vor den Wahlen, die auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts vorgenommen werden, daß sie das Herrenhaus zu einem festen Bollwerk, umgeben mit dem Drahtverhaue der „Ordnungs“parteien, ausgestalten wollen. Dabei ist der Schritt zu dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht durchaus kein Sprung ins Dunkle. Wir haben dieses Wahlrecht bereits im Reiche und auch die kühnsten Berechnungen über die künftige Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses gehen nur dahin, daß die Sozialdemokraten vielleicht den 4. Teil des Hauses bilden werden.

Diese Sicherheit genügt dem preussischen Junkertum nicht. Es will ein Parlament haben, das es mit seinem reaktionären Geiste beherrscht. Ist dies im Abgeordnetenhaus nicht möglich, so soll es im Herrenhause geschehen. Preußen darf kein anderer Staat werden, die Junker wollen es nicht, — basta! Deshalb sollen auch die Befugnisse des Herrenhauses erweitert werden. Nachdem man sicher ist, daß ein andere Mehrheit, als jetzt festgelegt ist, durch königliche Verordnung nicht erfolgen kann, kann man dem Herrenhause auch Rechte einräumen, die bisher die Junker nur dem von ihnen beherrschten Abgeordnetenhaus vorbehalten wissen wollten. Demokratische Beschlüsse des Abgeordnetenhauses sollen vom Herrenhause geändert werden können. Es ist also von vornherein darauf angelegt, daß das Herrenhaus die Oberaufsicht führt. Und in ihren eigenen Angelegenheiten treten die Junker auch der Regierung mit jener Rücksichtslosigkeit gegenüber, wie sie es daheim mit ihren Diensthöfen tun. Man sagt oft, die Junker wissen doch, was sie wollen. Das ist richtig, das wissen andere Leute auch, nur treten sie nicht mit einer solchen Rücksichtslosigkeit auf.

Bei dem Kampf der Junker gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht handelt es sich aber nicht nur um die Erhaltung des mittelalterlichen Geistes in der preussischen Gesetzgebung. Der allein würde sie nicht so aufregen, spüren doch manche Junker selbst in ihrem Innern einen neuen Hauch. Sondern es ist der Kampf um die Futtertruppe! Die höheren, gutbezahlten Beamtenstellen des preussischen Staates sind bisher die Domäne für kinderreiche Familien der Junker- und Beamtenkaste. Es kann eben nicht jeder ein Rittergut haben. Wo sollen aber die Söhne bleiben, wenn auf geistigem Gebiete freie Konkurrenz waltet? Da wird so mancher gewogen und zu leicht befunden werden. Andererseits kann der Staat nur gewinnen,

Ein Jahr uneingeschränkter U-Boot-Krieg

Von Richard Gädte, Oberst v. D.

Das erste Jahr uneingeschränkter U-Boot-Krieges ist am 31. Januar zu Ende gegangen. Wenn der Monat Januar — wie es bisher den Anschein hatte — reichlich die gleiche Strecke verfeindeter feindlicher und neutraler Handelsschiffe bringen wird wie der letzte Monat des Jahres 1917, so wird die Jahresbeute gegen 9¼ Millionen zerstörten Frachtschifftraumes betragen. Diese Einbuße ist durch Neubauten auch nicht annähernd ausgeglichen worden. Im englischen Unterhause wurde ohne Widerspruch behauptet, daß die deutschen Unterseeboote in den vier Monaten September bis Dezember 1917 nahezu ebensoviel Schiffsraum versenkt hätten, als während des gesamten Jahres gebaut worden sei. Diese Monate haben aber bekanntlich durchschnittlich weit weniger Beute gebracht als die sieben Monate von Februar bis einschließlich August. Der Marine-Sachverständige des „Daily Telegraph“ berechnet die Neubauten Englands von Januar bis Oktober 1917 nur auf höchstens 1 200 000 Tonnen; dazu wären dann noch die der Neutralen und der übrigen Biverbandsstaaten, sowie der von ersteren erprekte Frachttraum, der unseren Gegnern zur Verfügung steht, ein außerordentlich hoher, ohne daß er sich mit genauen Ziffern belegen ließe. Die Absicht der Vereinigten Staaten, diesen Mangel durch riesenhafte Ausdehnung ihres eigenen Schiffbaues zu heben, ist eingeständenermaßen ein vollkommener Fehlschlag geworden; ihnen fehlten die Werften, die ausgebildeten Arbeiter, die Rohstoffe und auch die Bemannung für die Schiffe. Die Frage der Bemannung wird auch für England immer brennender; in immer steigendem Maße müssen dort Farbige als Matrosen eingesetzt werden. Indessen die Zahlen allein sprechen kein entscheidendes und überzeugendes Wort. Es kommt vielmehr darauf an,

welche Wirkungen die unteugbar große Einbuße unserer Gegner an Schiffsraum auf ihre Kriegführung, ihr Wirtschaftsleben und ihre Nahrungsversorgung ausgeübt hat, inwieweit dadurch ihre Widerstandskraft geschwächt und das Ende des Krieges näher gerückt worden ist.

Daß unser Unterseebootkrieg auf den Landkrieg Einfluß habe, wird von unseren Gegnern zwar bestritten; ihnen gegenüber steht aber die wiederholte Versicherung unserer Heerführer, daß sie allerdings wesentliche Erleichterungen von der Durchführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht nur erwartet, sondern auch bereits gespürt hätten. Sie sehen in ihm eine wichtige Hilfswaffe für die Erzwingung der großen Waffenentscheidungen, die dieses Frühjahr uns voraussichtlich noch bringen wird.

Nun ist die Kriegführung Englands zweifellos vom Seeverkehr in hohem Maße abhängig. Die Versorgung seiner Heere in Mesopotamien, Palästina, Mazedonien kann nur zu Wasser sichergestellt werden. Wir sehen aber unsere U-Boote gerade im Mittelmeer in besonders eifriger und erfolgreicher Arbeit. Bereits hat England sich entschlossen, die meisten Sendungen an Erjaß von Menschen, Kriegsgerät, Schießbedarf und Verpflegung nicht mehr auf dem nahen und bequemen Wege durch das Mittelmeer, sondern auf dem ungeheuren Umwege über Kanada, den Stillen und den Indischen Ozean gehen zu lassen. Aber auch im Mittelmeer selbst fahren die Handelsschiffe schon längst, wie einst im Altertum nicht mehr die geraden Fahrstraßen, sondern unter dem unmittelbaren Schutz der Küsten und vertrießlichen dadurch die Dauer des Transportes. Trotzdem werden zahlreiche Schiffe dauernd von unseren U-Booten versenkt. Daß dies einen verzögernden Einfluß auf den Gang des Krieges ausüben muß, ist ohne weiteres klar. So sehen wir denn auch die Salomikarmee seit Jahresfrist an die Stelle gebannt, mit kurzen Ausnahmen ist die Kriegführung dort vollkommen eingestiegen. Das gleiche

gilt auch von Mesopotamien; noch mögen hier noch andere Umstände auf den Stillstand des englischen Heeres von Einfluß sein. Aber selbst in Palästina, wo die Verhältnisse noch am günstigsten liegen, vollzieht sich der Vormarsch der Engländer nur rückweise, in großen Zeitpausen, woran sicherlich die große Schwermüdigkeit des Nachschubes die Schuld trägt. Inzwischen naht die heiße Jahreszeit, die alle Bewegungen lähmt.

Nicht ganz so deutlich mag die Einwirkung des U-Boot-Krieges auf den Gang der Dinge an der Westfront vor unseren Augen liegen. Es handelt sich hier um sehr kurze Ueberfahrten zwischen den nahen Küsten von England und Frankreich. Das enge Fahrwasser ist besonders gut durch Minen und Netze, durch Bewachungsfahrzeuge, Torpedoboote und Kreuzer gesichert. Völlig unterbinden wird sich also dieser Verkehr nicht lassen. Aber aus den Mitteilungen des Admiralstabes ersehen wir, daß in den letzten Monaten unsere U-Boote auch in diesem Fahrwasser eine sehr rege und erfolgreiche Tätigkeit ausgeübt haben. Auch hier wurden viele Schiffe mit Kriegsbedürfnissen auf den Grund der See geschickt. Die deutsche Heeresleitung beschneigt denn auch ausdrücklich, daß sie in den letzten Flandernschlachten bei Cambrai eine Abnahme der Dauer des feindlichen Geschützfeuers wahrgenommen habe. Die frühere Ueberlegenheit der weit überlegenen feindlichen Artillerie ist ganz erheblich herabgesetzt worden. Bei Cambrai verzichteten die Engländer völlig auf ihr bisheriges tage- und wochenlanges anhaltendes Trümmelfeuer und beschränkten sich auf einen Wirbel weniger Stunden. Wir besitzen aber auch Zahlenangaben, die uns die Behinderung des Landkrieges durch den Unterseebootkrieg erläutern können. Im verfloßenen Jahre sind 27 feindliche Truppentransporte und 265 Schiffe mit Kriegsmaterial versenkt worden. Unter letzteren befanden sich 97 mit Munition vollbeladene Dampfer. Der Inhalt hätte genügt, 50 Divisionen zu 15 000 Mann mit Gewehr- und Geschützmunition für einen Monat zu versehen. Daß hier eine

wom ihm freilich, intelligenten Kräfte aus allen Kreisen der Bevölkerung zugeführt werden.

Wir leben auch bei dem Kampfe um die Wahlreform die sozialistische Lehre bestätigt, daß die Wahrung der materiellen Interessen die Triebfeder des geistigen Handelns bildet. Eine Regierung, die festhält das Wohl des Volkes im Auge hat, darf auf die Wünsche der herrschenden Klasse keine Rücksicht nehmen. Sie ist verpflichtet, das ganze Volk zur Mitarbeit heranzuziehen. In Durchführung dieses Standpunktes ist aber das Herrenhaus, das nur dazu dienen soll, den demokratischen Reformen des Abgeordnetenhauses zu dämpfen, überhaupt überflüssig. Wir sind in Preußen hinter andern Staaten so sehr weit zurückgeblieben, daß gar nicht genug Reformen durchgeführt werden können. Provinzial-, Kreis-, Stadt- und Landgemeindeverwaltung, das Landrats- und Amtsvorsteherwesen — alles muß reformiert werden! Wir sind nicht einmal sicher, ob ein Jahr nach den Grundzügen des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählter Landtag diese Reformen in zeitgemäßer Weise beschließen wird, das Herrenhaus könnte diese Reform vollends verhindern.

Das Haus der Herren ist gänzlich überflüssig und wir würden seine Beseitigung auch fordern, wenn es in realer Weise zusammengefaßt wäre. Alle Listereien, wie man dem demokratischen Ströme Einhalt gebieten könnte, sind auf die Dauer nutzlos. Man kann die Wasser eine Zeitlang in ihrem Laufe hemmen, aber nicht bezwingen. Und hat sich das Wasser zu einer größeren Masse angestaut, durchbricht es den Damm und überflutet die Fluren. So wird es auch mit dem demokratischen Volkswillen sein, der sich früher oder später bestimmt durchsetzen wird. Seine Zeit wird kommen, wo das Haus der Herren nur ein Mumienkabinett sein, wo es überhaupt keine Herren, sondern nur noch freie gleichberechtigte Menschen geben wird. Diese Zeit kommt allerdings nicht von selbst, sie muß erkämpft werden. Das Proletariat wird den Befreiungskampf der leidenden Menschheit weiter führen trotz aller Drahtbindnisse. Der Sieg ist ihm gewiß.

Europas Leninstag

Die Kanonendonner der Welt haben schlechte Tage. Der Untersuchungsausschuß des Petersburger Arbeiterrats hat Putschow aufgefordert, zum Verhör zu erscheinen. Falls er binnen acht Tagen nicht Folge leistet, ist kein Vermögen beschlagnahmt. Durch die mächtigen Stahlschranken, in denen die Kapitalmagnaten der Welt ihre Papiere bergen, geht ein Geben: der Rat der Volksbeauftragten hat mit Rücksicht darauf, daß sich die russisch-belgische Aktiengesellschaft weigert, sich der Kontrolle durch die Arbeiter zu unterwerfen, die Beschlagnahme der Gruben, Fabriken und sämtlicher Grundstücke der Gesellschaft verfügt. Von diesem Tage hebt wohl ein neuer Kalender der Volkswirtschaft an — im alten allgemeinen Kalender steht das Fest der Beschneidung des Herrn. Es empfiehlt sich, ihn im Volkswirtschaftskalender Leninstag zu nennen. Die Kapitalgewaltigen von fünf Erdteilen werden ihn nicht rot, sondern schwarz anstreichen. Und in aller Zukunft werden sie bei der Wiederkehr des Beschneidungstages diesen Krieg versuchen, von dem sie die Ausbreitung und Befestigung ihrer Herrschaft erwartet haben.

Die Petersburger haben da eine brillante Friedensstat getan. Im Auswärtigen Amt zu London und im Weißen Hause zu Washington wird die Meinung aufzuwärmen, daß es bereits um ganz andre Dinge geht als um bourgeoise Scheindemokratie oder um das Land, wo der Pöbel wohnt. Und eben war die Zeit der fetten Dividenden und Tantiemen gekommen.

Ob Putschow wohl zum Verhör kommen wird? Putschow ist der russische Skoda oder Krupp oder Schneider oder Armstrong, ist Russlands Kanonendonner, und der will sich der Kontrolle der Arbeiter in seinen Werkstätten nicht unterwerfen! Die Autorität des Staates — drei Großmächte und ein Kleinstaat erkennen sie an — gilt für ihn nicht, wenn es nicht sein Staat ist, der Staat der Bourgeois und des Krieges. So nimmt er denn als Privateigentümer und Privatmann allein den Krieg gegen den Staat auf und sperrt. Er streift mit seinem Eigentum, mit seinen Aktionären.

Die Maßregeln der russischen Regierung treffen den Kapitalismus an seinen verwundbarsten Punkten. Sie greifen

sozusagen in die geheiligte Bundeslade des Kapitals. Das Kredit- und Bankwesen hat sich in den letzten Jahrzehnten gerade zum Beherrscher der ganzen Volkswirtschaft, selbst der Kapitalistenklasse, zum Herrn über die Herren aufgeschwungen. Nach Karl Marx konnte von dem Kreditwesen als einer „ganz neuen Macht“ sprechen, das in seinen Anfängen erschaffen, als beschreibende Begriffe der Akkumulation sich einschleifte. Inzwischen hat sich das Bankkapital in den meisten Industrie- und Handelsbetriebe irgendwie hineingemacht und sich wirtschaftliche Neugründungen hehnend vorbehalten. So beherrscht es die gesamte Produktion, schöpft von ihr den Ubergewinn ab und häuft ihn an. Zugleich brachte es die verschiedenen Staatsgewalt durch das Mittel der Anleihen in auffällige Abhängigkeit. Staat und Staatsbürger wurden ihm untertan. Seine Macht trat schon äußerlich hervor. Neben den hohen Beamten, prunkvollen Bankpräsidenten treten die Ministerialgehilfen bescheiden zurück; hohe Staatsbeamte schämen sich glücklich, wenn sie über den Staatsdienst hinaus zu einer Bank anancheren können. Ist der moderne Staat Wirtschaftstaat, so führen die Verwaltung seiner Bergwerke, seiner Fabriken und Bahnen die Banken. Die Staatsgewalt zieht sich auf die Wirtschaftspolizei zurück, sie wird gleichsam ein bloßes Departement für Rechts-, Sicherheits- und Arbeiterpolizei der servilenen Wirtschaftsmacht. Das Bankkapital bestimmt, wie in Frankreich besonders offenbar, nach dem Bedürfnis seiner Anlagen die auswärtige Politik des Staats und setzt das ganze Weltvermögen auf die Karte eines Krieges.

Den Zaren zu stürzen war ein schwieriges und folgenreiches Werk des russischen Volkes, aber es war immerhin das größte Werk nicht. Fand es doch dabei die Hilfe der russischen Bourgeoisie selbst. Diese Bourgeoisie und die Finanzmacht, die hinter ihr stand, begriffen sich eines Tages, daß der Zar ein Schwach und unzuverlässiges Werkzeug des Krieges und der Arbeiterpolizei geworden war, und wollte dieses durch ein andres ersetzen. Sie eröffnete die Revolution und machte sie mit. Aber nun handelt es sich nicht mehr um das Werkzeug der Klassenherrschaft, sondern um diese Herrschaft selbst. Das Volk nimmt das Bankkapital und damit die große Industrie in seine eigne Hand! Diese Umwälzung greift viel tiefer und wirkt weiter als der bloße Wandel der Staatsform. Sie betrifft das Los der arbeitenden Klassen und die gesamte Volkswirtschaft unmittelbar und entscheidend. Denn sie ist vollzogen, so dient der russische Proletariat nicht mehr als Privater dem Privatkapital, sondern als Höriger. Sondern er dient als Glied der Volksgemeinschaft dieser Volksgemeinschaft selbst; das wesentlichste Merkmal der Lohnsklaverei ist beseitigt.

Die russische Landreform gestaltet die russische Volkswirtschaft, ja das russische Volk selbst neu. Der russische Mensch steht jetzt mehr als einem Jahrhundert ganz unter dem Banner der Freibeiterschaft und der Landnot. Diese hat der Literatur, der Kunst, der Politik, dem ganzen Geiste dieses Volkes seinen Charakter aufgeprägt. Die Landreform wird ein Werk von ganz unabherrschbaren Nachwirkungen. Nicht nur für Rußland, sondern für die ganze Welt. Denn sie schafft nicht nur dasheim eine wirtschaftliche Demokratie von hundertfünfzig Millionen freien und vermögenden Hofbesitzern. Sie nimmt auch Mitteleuropa den nötigen Zuschuß an ländlicher Arbeitskraft und zugleich der amerikanischen Berg- und Industriebetriebe den Zustrom an Industriearbeitern. Aber zugleich stellt sie unzählige Privatbetriebe her, die nicht anders als unsere Landwirte für den Markt, somit kapitalistisch produzieren. Die Verstaatlichung des Kreditwesens aber, noch außen nicht so auffallend, im Augenblick weniger einschneidend, trifft die kapitalistische Produktionsweise nahe an ihrem Herzen. Die Umwälzung ist nicht bloß politisch, nicht bloß wirtschaftlich, sondern im höchsten Sinne sozial. Sie reißt ein Tor ins Neuland auf. Sie erschüttert das System selbst nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt, sie öffnet unabsehbare soziale Perspektiven.

Mit Anteilnahme verfolgt die Arbeiterklasse der Welt die Vorgänge in Rußland. Mag die gedankenlose Dessenlichkeit in ihnen nur örtliche Seltsamkeiten bestaunen. Das Proletariat weiß, daß es sich dabei um der Menschheit große Fragen handelt. Der Kampf um Krieg und Frieden wird zum Kampf um die vollständige Erneuerung der Welt, ihrer äußeren Beziehungen wie ihrer innern Ordnung. Wir horchen auf, bereit, an der Schule des Geschehens uns für unsern eignen Pflichtenkreis vorzubilden.

forderlichen Zahl von Schiffen. Die Weizenvorräte häufen sich in Australien auf und verkaufen dort, der Reis kann aus Indien nicht mehr herangeschafft werden. Alle englischen Zeitungen stellen mit besorgten Worten den wachsenden Mangel im Lande fest, zu dem Brotmangel tritt nun in erschreckendem Maße der Fleischmangel. Ob in England die Zwangsrationierung durchführbar ist und der Not abhelfen wird, ist mindestens sehr zweifelhaft. Denn rationieren kann man schließlich nur etwas, was im Lande ist, aber nicht, was auf der See schwimmt und täglich und stündlich vom Feinde vernichtet werden kann.

Daß auch in Frankreich und England die Entbehrung für weite Bevölkerungsschichten, sogar die ungenügende Nahrungsvorsorgung ihren Eingang gehalten hat, und daß infolgedessen die Kriegsmüdigkeit wächst, ist über alle Zweifel erhaben. Ob der Mangel bereits das Ende des Krieges in absehbarer Zeit erzwingen kann, wissen wir freilich nicht. Das hängt in hohem Maße von den im Lande vorhandenen Vorräten ab und von denen, die, trotz unieren U-Booten noch hineinkommen können. Darüber werden kaum Vermutungen möglich sein. Die große Frage ist, ob England und Frankreich bis zur nächsten Ernte aushalten, ob sie die großen Monate Mai, Juni, Juli überstehen können. Glückt ihnen das, so ermöglicht ihnen die eigene Ernte wieder das Dasein auf Monate hinaus, wahrscheinlich bis über das Ende des Jahres 1918 hinüber. Immer aber müssen wir festhalten, daß die Stimmungsbilder der englischen Zeitungen und Zeitschriften durchweg in Grau schillern. So nennt die „Times“ am 14. Dezember 1917 die Drohung des U-Bootes „die wichtigste Lebensfrage“, und die „Daily News“ vom gleichen Tage erklären, daß das Schicksal des Bierverbandes vom dem Schiffbauergebnis Englands in den nächsten zwölf Monaten abhängen wird. In dieser Beziehung sind aber bisher die Ausblicke nicht sehr trostreich für unsere Gegner.

Die Gewerkschaften und der Streik

„Unabhängige“ Quertreiberei

Das „Berliner Tageblatt“ erhielt diese Zuschrift, die die gewissenlose „unabhängige“ Quertreiberei im Berliner Auslande drastisch beleuchtet:

Von der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands erhalten wir folgende Zuschrift:

„In dem in Nummer 61 Ihres geschätzten Blattes vom 2. Februar 1918 enthaltenen Artikel „Die Regierung und die Arbeiterklasse“ wird unter anderem dargelegt, weshalb Verhandlungen zwischen der Regierung und Vertretern der Streikenden nicht zustande gekommen seien. Dabei wird die Auffassung vertreten, daß die Schuld der Generalkommission zur Last falle. In dem Artikel heißt es:

„Es hat den Anschein, als komme die Weigerung in der Tat von der Generalkommission, nicht von den Abgeordneten, oder auch nicht von den Abgeordneten der alten sozialdemokratischen Fraktion. Auch dieser Standpunkt erscheint uns keinesfalls einwandfrei. Es handelt sich nicht darum, ob die Generalkommission eine Verantwortung für den Streik übernimmt, sondern darum, daß sie vermittelnd zu einem Ausgleich beitragen soll. Das kann auch ein „Neutraler“ tun und seine Neutralität wird dadurch nicht beeinträchtigt, nicht verletzt.“

Wie Sie zu dieser Auffassung haben kommen können, ist nicht verständlich, weil aus der in derselben Nummer Ihres Blattes zum Abdruck gebrachten Erklärung des Parteivorstandes ersichtlich ist, daß die unabhängige sozialdemokratische Partei die Forderung des Reichskanzlers, eine Vertretung der Generalkommission zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, abgelehnt hat. Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß Kompetenzfragen und Bedenkenheiten in einer so schwierigen Situation nicht angebracht sind, daß vielmehr alles getan werden müsse, um schnell und in einer Weise, die möglichst wenig Verblüffung hinterläßt, den Streik beizulegen. Die Generalkommission hat sich denn auch sofort bereit erklärt, dem Wunsche des Reichskanzlers Rechnung zu tragen und Vertreter zu den Verhandlungen zu entsenden. Es ist ihr gar nicht in den Sinn gekommen, daß sie durch die Beseitigung an den Verhandlungen ihre Neutralität verlieren könne. Durch ihre Beteiligung wäre es möglich gewesen, auch Vertreter der Streikenden in ihrer Eigenschaft als Angehörige der Ortsverwaltung einer gewerkschaftlichen Organisation an den Verhandlungen zu beteiligen. Der Wunsch der Streikenden wäre also im wesentlichen erfüllt worden. Die Vertreter der „unabhängigen“ Sozialdemokratie lehnten es aber ab, eine offizielle Vertretung der Generalkommission hinzuzuziehen. Sie verzichteten lieber auf jede Verhandlung, als daß sie diese Konzeption gemacht hätten.

Das Verhalten entspricht durchaus der von unabhängigen Seiten betriebenen Hege gegen die Gewerkschaftsführer. In einem anonymen unter den Streikenden verbreiteten Flugblatt heißt es:

„Sorg, dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und alle „Durchhalter“ unter keinen Umständen in die Vertretung gewählt werden. Hinaus mit den Burschen aus den Arbeiterversammlungen. Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese Totfeinde des Massenstreiks, haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen.“

Die hier zum Ausdruck gekommene Auffassung ist es, die für die Stellungnahme der Vertreter der „unabhängigen“ Sozialdemokratie ausschlaggebend war.

Wir bitten Sie, von dieser Richtigstellung in Ihrem Blatte Notiz nehmen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

G. Bauer,

Mitglied des Reichstags.

Das triviale Spiel der „Unabhängigen“ mit den Interessen der Arbeiter ist kaum je eindrucksvoller gekennzeichnet worden, als durch diese Abwehr.

Arbeiter und Parteigenossen!
Agitiert für die Volkswacht!

Feuilleton

— Das gelbte Salz. Die Volksüberlieferungen der Deutschen, Esten und Letten im baltischen Lande sind besonders reich an Sagen und Märchen. In den „Märchen und Sagen“, wie sie Aug. von Löwis von Menar in der Sammlung Die baltischen Provinzen (Felix Behmann, Verlag Charlottenburg) herausgibt, steht dieses seltsame Märchen:

Zur Ritterzeit ging den Litauern das Salz aus. Sie führten damals mit Litauen und Kurland Krieg, deshalb durften sie sich nicht in Riga zeigen, um neues Salz zu kaufen. Was nun? Sie rieten hin, sie rieten her, zuletzt beschloßen sie, künftig selbst Salz zu ziehen. Aber woher die Saat nehmen? Kommt Zeit, kommt Rat. Russische Fuhrleute, die von der Not der Litauer hörten, waren schnell mit vollen Säcken zur Hand. Zum versorgten sie sich und füllten Salz.

Im nächsten Frühjahr, als die Felder schon grünten, hielt es die Säer nicht länger, sie wollten den jeden Preis erfahren, ob ihr Salz gut aufgegangen sei, und ob sie eine gute Ernte zu erwarten hätten. Schließlich — was kann man da wissen? — beschloßen sie, der Schutze solle gehen und das Salzfeld prüfen.

Gut, er ging. Aber um die jungen Pflanzen zu schonen, mochte er nicht zu Fuß durch die Saat gehen; er besah daher, daß zwei Vorreiter und zwei Osmänner ihn auf einer Tragbahre über das Feld tragen sollten. Gut, sie machten sich mit dem Schulzen auf den Weg. Aber dann bekamen sich alle vier: ihnen tue die Saat auch leid, sie wollten daher lieber ihre Stiefel ausziehen.

Sie entbedigten sich also ihrer Stiefel und setzten sich barfuß mit ihrer Last in Bewegung, denn die Litauer trugen keine Strümpfe. Aber sie wußten sie gingen, um so mehr zu leiden und brannten ihnen die Füße und Schienbeine; das waren die Messeln, die sie stachen, aber sie waren sehr überzeugt davon, daß das die junge Salzfaat sei. Auf die Dauer konnten sie es jedoch nicht ertragen, rieben und kratzten von Zeit zu Zeit ihre Beine und warfen zuletzt den Schulzen mitan der Bahre in die Messeln, während sie selbst nach Hause rannten. Dort zeigten sie ihre geschwollenen Beine und riefen einmal über das andere: „Das Salz wird scharf, fürchtbar scharf, schon jetzt brennt es gehörig.“

Danziger Nachrichten

Danziger Stadttheater

„Die Schmetterlingsflucht“, Komödie von H. Sudermann

Mit der 1894 erschienenen „Schmetterlingsflucht“ erlebte Hermann Sudermann seine erste Niederlage auf der Bühne. Das Stück sollte ein logisches Antlagedrama sein, es wirkte aber nicht überzeugend genug. Im Laufe der Jahre hat dann die Schmetterlingsflucht beim Publikum allerdings eine freundlichere Aufnahme gefunden. Dennoch muß man die Frage stellen: Warum wurde uns gerade dieser Sudermann geboten? Warum fällt überhaupt das Schauspiel in dieser Spielzeit so mager aus? Die vollen Häuser dürften hierfür kein Entschuldigungsgrund sein. Die Aufführung des Stückes stand auf einer guten Durchschnittshöhe. Für die Spielleitung zeichnete Siegmund Haag. Die Darsteller boten durchweg gute Leistungen. Vor allem Frau Weber als die sorgende Mutter und verschämte Arme mit ihren beiden Töchtern, die durch Lilli Castella und Charlotte Krülle eine glaubhafte Darstellung erfuhren. Paula Kling war nicht nur durch ihre physische Gestalt für die Rolle der jüngsten Tochter wie geschaffen, sondern wußte auch durch ihre natürliche Darstellung der jungen Unschuld zu fesseln. Es übertrieb etwas in der Rolle des alten kränklichen Winkelmanns. Um so natürlicher wirkte Mag Falk als der schlichte, gerade Sohn des alten Nörgelgreises. Heinz Perino war als der flotte Geschäftsreisende mit den Lebemannsmannieren in seinem Element. — Eine interessante Operneuheit „Die toten Augen“ von Eugen d'Albert, ging am Sonntag erstmalig über unsere Bühne und fand auch hier lebhaften Beifall. Wir werden das Werk in unserer nächsten Nummer ausführlich besprechen.

Stadttheater

Infolge der überaus großen Nachfrage für Eintrittskarten zum Kindermärchen „Schneewittchen“ wird dasselbe nunmehr noch zweimal wiederholt, und zwar am Sonnabend den 28. und Mittwoch den 27. Februar. Zu beiden Vorstellungen hat jeder Erwachsene das Recht, ein Kind unter 10 Jahren frei einzuführen.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Danzig, hielt am 27. Januar seine Jahres-Generalsammlung ab, die einen starken Besuch aufwies. Kollege Arczynski gab den

Kassenbericht.

Die Hauptkasse balanciert im 4. Quartal mit 27 042,47 Mk., die Lokalkasse mit 13 793,50 Mk. Der Kriegshilfsfonds hat eine Einnahme von 1004 Mk. und eine Ausgabe von 588 Mk. Die Beitragsleistung ist eine gute, was hauptsächlich auf die Wiedereinführung der wöchentlichen Hauskassierung zurückzuführen ist. An Unterstützungen wurden 1123 Mk. verausgabt. Wenn auch unser Wunsch, das Jahr mit 2500 Mitgliedern zu beschließen, nicht ganz in Erfüllung gegangen ist, so haben wir gegenwärtig diese Zahl doch schon weit überschritten. Die relative Mitgliederzunahme beträgt im 4. Quartal 382. Zum Jahreskassenabschluss übergehend, bemerkte der Redner, daß das 4. Quartal am günstigsten abschließt. Die Hauptkasse schließt mit 57 878,86 Mk., die Lokalkasse mit 25 178,85 Mk. und der Kriegshilfsfonds mit 1826,12 Mk. ab. Im Jahre wurden an Kranke, Arbeitslose sowie an Sterbende usw. 3655 Mk. gezahlt. 505 Mitglieder wurden zum Kriegsdienst eingezogen, seit 1914 sind es 1377. Die Abrechnung weist im allgemeinen einen guten Stand auf.

Es ist sehr bezeichnend für unsere Zeit, daß die Arbeitslosenfrage, eine der wichtigsten Fragen, ganz aus der öffentlichen Diskussion verschwunden ist. Was Staat und Gemeinde hier versäumen, werden die Gewerkschaften wieder gut zu machen haben. Im Interesse unserer kämpfenden Brüder und ihrer Angehörigen daheim sind wir verpflichtet, die Arbeitslosenfrage als die erste und dringendste zu behandeln. Ein Erfolg wird jedoch nur dann erzielt werden können, wenn die große Masse der Arbeiter diese Angelegenheit zu der ihrigen macht und vor allem die große Zahl der unorganisierten Metallarbeiter und -arbeiterinnen dem Verbandsführer zustimmen. Unter Verzicht auf eine Aussprache wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Den Kartellbericht

gab Kollege Habenicht. Im Vordergrund stehen die Ernährungsfragen. Wenn wir auch nicht ganz ohne Einfluß auf diesem Gebiete sind, so muß doch angesichts der Wichtigkeit der Sache unsere Mitarbeit größer werden. Leider ist durch unkluges Verhalten der Arbeiter manches verloren gegangen, was mit vieler Mühe erreicht wurde. Der Redner behandelt alsdann die Reorganisation des Gewerkschaftskartells. Er moniert, daß bei der letzten vorgenommenen Wahl einer Statutenberatungskommission kein Metallarbeiter gewählt wurde, trotzdem der Metallarbeiter-Verband die größte Gewerkschaft ist. Das sei ein ungesunder Zustand, der beseitigt werden muß.

In lebhafter Aussprache erklärten Bührig, Klein, Karlschickl, Krahn und Lunewitz, daß eine erspriechliche Arbeit nur möglich sei, wenn den Metallarbeitern dasselbe Recht wird, wie jeder anderen Gewerkschaft.

Kollege Arczynski unterbreitete der Versammlung im Namen der Verwaltung und der Vertrauensleute nachfolgende Entschlüsse:

1. Auf Grund des geltenden Statutes ist sofort eine Kartellversammlung einzuberufen und dort die Wahl einer Statutenberatungskommission vorzunehmen, in der die Metallarbeiter entsprechend ihrer Stärke vertreten sind.
2. Nach erfolgter Statutenrevision hat sich das Kartell neu zu ordnen.

Sprecher ersucht die Versammlung, die Delegierten bis auf die höchst zulässige Zahl von vier bis zur Erledigung des Reichsstreites zurückzuziehen. Dieser Vorschlag und die Entschlüsse werden hierauf einstimmig angenommen. Die vier Delegierten sind: Arczynski, Bührig, Habenicht und Krahn.

Zum Geschäftsbericht

Übergehend führte Arczynski aus, daß auch das Jahr 1917 den Völkern den längst ersehnten Frieden nicht gebracht habe. Not und Entbehrung haben wir erleiden müssen und noch

welter schwebt uns das Gespenst des Hungers vor Augen. Auch dann noch werden wir den Schmachtrienmen enger ziehen müssen, wenn, was wir wünschen sei, die Kanonen ihren Schall beghinnen. Was dieser Weltkrieg an wirtschaftlichen Gütern zerstört, werde, wenn überhaupt möglich, die fleißigste Friedensarbeit der kommenden Jahrzehnte nicht wieder einbringen.

Zu diesen unerfreulichen Zeichen komme die Tatsache, daß den Gewerkschaften bei Friedensschluss die größten Aufgaben gestellt werden. Wir müssen uns stets bewußt sein, daß dann alle Schranken, die dem wilden Gesetz dem „Freien Spiel der Kräfte“ im Kriege gesetzt sind, fallen werden und der Kampf wie vor dem Kriege kannten, in gewohnter Schärfe wieder einsehen wird.

Ob aus der bürgerlichen Zeit die Unternehmer gelernt haben, wird die Praxis zeigen. Am Orte sind dafür keine Anzeichen vorhanden. Es ist oft gefordert worden, wir möchten unsere Kampfesart ändern und Grundzüge annehmen, die nie die unrigen waren. Wir brauchen kein neues Kleid, erst wenn die Verhältnisse und die Gesellschaft innerhalb derer die Gewerkschaften ihre Aufgaben zu erfüllen haben, anders geworden sind, ist diese Frage spruchreif. Unsere alte und bewährte Taktik richtet sich ganz nach den herrschenden Verhältnissen.

Lohnbewegungen

Durch die stetig wachsende Teuerung veranlaßt, forderte die Arbeiterschaft Aufbesserung der Löhne und sonstiger Verbindungen. Erfolgreich war die Bewegung in der Waggonfabrik mit rund 500 Beschäftigten. Die durchschnittliche Lohnerhöhung beträgt hier für den Einzelnen 5,50 Mk. die Woche. Bei der Firma S. W. Klawitter, Schiffswerft, konnte die Bewegung nicht zum vollen Erfolg geführt werden, weil der größte Teil der Arbeiterschaft sich bei Verhandlungen mit der Firma mit weniger begnügte als der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vorsch. Für den Einzelnen ist der Verdienst durchschnittlich um 9 Mk. die Woche gestiegen. Ebenso wurden Zuschläge für Ueber- und Sonntagsstunden gewährt. In den Königl. techn. Instituten der Gewehr- und Artillerie-Werkstatt und Artillerie-Depot, harrten die Lohnangelegenheiten der Erledigung. Ein Teil der Wünsche, wie die Erhöhung der Leistung für den doppelten Haushalt von 75 Pf. auf 2 Mk. pro Tag, sowie der Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit von 10 auf 30 Pf. ist bewilligt.

Die Bewegung auf der Kaiserlichen Werft mit rund 7000 Beschäftigten, brachte eine Lohnzulage von 5 Pf. die Stunde, unter Fortfall der seitherigen Teuerungszulage. Die Arbeiterschaft gab sich hiermit nicht zufrieden und es kam Anfang Dezember zu direkten Verhandlungen mit dem Reichsmarineamt unter Hinzuziehung der Gewerkschaftssekretäre.

Hierbei wurde erreicht, daß eine Teuerungszulage für alle verheirateten Arbeiter und diesen in häuslicherer Beziehung gleich zu achtenden Personen von 9 Mk. pro Monat gezahlt wird. Ebenso eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 Pf. die Stunde am 1. April 1918. Die Monatslöhner erhielten eine weitere Zulage von 10 Mk. Die Beschaffung von Arbeitskleidung und die Abgabe zu ermäßigten Preisen wurde zugesagt. Ein Erfolg praktischer Gewerkschaftsarbeit ist hierbei auch insofern zu verzeichnen, als zum ersten Male direkt mit den Gewerkschaften verhandelt wurde.

Einen beispiellosen Kampf zeitigte die Bewegung bei der Firma F. Schichau. Bekanntlich wurde der Belegschaft durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses 50 Prozent ihrer fälligen Forderung zugesprochen. (Siehe Volkswacht Nr. 48 vom 1. Dezember 1917. Red. b. B.)

Die Firma unterwarf sich jedoch dem Spruche nicht, und es kam zu einem Kampf um die Anerkennung der Rechte der Arbeiter, als auch zur Durchsetzung der Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes. Nach diesem steht jedem Arbeiter ein Abblehrschein zu, wenn eine Partei den Spruch nicht annimmt. In unserem Falle wurde denn auch ein solcher erteilt, der folgendermaßen lautete:

„... Dieser Schein ist bei der einzustellenden Firma abzugeben.“

Dem ... geb. ... der vom ... bei der Firma F. Schichau in Danzig beschäftigt war, wird gemäß § 9 Abs. 2 des Gesetzes betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst diese Bescheinigung als Abblehrschein erteilt, um bei einer Werft in Danzig oder in Elbing in Beschäftigung zu treten.“

Die Einschränkung „bei einer Firma in Danzig oder in Elbing“ hat den Abblehrschein zu einem wertlosen Stück Papier gemacht. Die Belegschaft konnte also bei Schichau in Danzig aufhören und bei Schichau in Elbing, oder falls man diese Mühe nicht machen wollte, bei Schichau in Danzig wieder anfangen. Also bei derselben Firma, die den Schiedspruch nicht annehmen wollte. Einige Arbeiter, die trotzdem diesen Schein nahmen, und versuchten, in anderen Betrieben einzutreten, wurden mit der Bemerkung abgewiesen: „Von Schichau darf niemand eingestellt werden“. Tatsächlich machten diese Leute eine 14tägige Absperrung durch und folgten nach Ablauf dieser Zeit dem Rufe zur Fahne. Hier haben wir ein Zeichen dafür, wie Unternehmer Gesetze umgehen und selbst im „heißten Bürgerkrieg“ vor stiller Absperrung nicht zurücktreten.

Durch Verhandlungen vor der Kriegsamtstelle Danzig und dem Kriegsamt in Berlin war es möglich, alle einschränkenden Bestimmungen des Abblehrscheines rückgängig zu machen.

Die Belegschaft erreichte in dieser Bewegung eine Erhöhung der Teuerungszulage von 3,75 Mk. und 1,00 Mk. Lohnzulage pro Woche. Eine Hilfe für die Kranken ist insofern eingetreten, als der gesamte Wochenverdienst (Teuerungszulage und Lohn) jetzt die Grundlage zur Versicherung bilden und den Kranken ein Extratransfergeld von 4,00 Mk. die Woche gezahlt wird. Der Arbeiterausschuß soll spätestens am 1. April 1918 sein Amt antreten. (Am Dezember 1916 trat das Hilfsdienstgesetz in Kraft. Red. b. B.)

Die Arbeiterschaft ist mit diesen geringen Zugeständnissen nicht zufrieden; versäumt aber die richtige Konsequenz zu ziehen und sich restlos der Gewerkschaft anzuschließen. Die große Zahl der unorganisierten ist wohl hin und wieder erregt, aber durch impulsive Ausbrüche allein kommt sie der Erreichung wirtschaftlicher Vorteile nicht einen Schritt näher. Nur durch eine geschlossene Organisation kann geholfen werden. Die Firma kennt die verschiedenen Vereine auf ihrer Werft sehr gut und muß ihre Zerissenheit zu ihrem Vorteile flug aus. Möchten die Arbeiter endlich einmal die richtige Lehre daraus ziehen!

Geschäftliches

Zur Erledigung der Geschäfte und Schlichtung von Differenzen wurden im Jahre 40 Verwaltung-, 50 Vertrauensmänner- und 70 Kommissionsleistungen notwendig. Außerdem fanden statt: 82 Werkstattversammlungen, 85 öffentliche Beratungen- und 29 Branchensammlungen. Rückblickend auf unsere Arbeit können wir sagen, daß unsere Pflicht getan sei. Wenn nicht alles in Erfüllung gegangen ist, was unser Wunsch war, so deshalb, weil leider noch der größte Teil der Metallarbeiter unserem Verbandsstand fern steht. Diese zur Organisation aufzurufen, muß Pflicht eines jeden Kollegen sein! Dann kann die Arbeiterschaft sich durch die Selbsthilfe gerechte Vorteile erkämpfen.

Mit der Aufforderung zur tatkräftigen Mitarbeit wurde die impotente Versammlung geschlossen.

Der Deutsche Bauarbeiterverband

Zweigverein Danzig, hielt am 10. Februar seine Generalsammlung ab. Der Kassierer Haß gab den Kassenbericht vom 4. Quartal 1917. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug 2881,95 Mark. Die Einnahme der Lokalkasse 9836,86 Mark. Die Ausgabe 2018,31 Mark. Es verbleibt ein Kassenbestand von 7818,55 Mark. Die Einnahme der Jugendabteilung betrug 39,90 Mark. Der Mitgliederbestand beträgt 564, davon Maurer 316, Bauhilfsarbeiter 241, Zementierer 7. Die Jugendabteilung zählt 30 Mitglieder, hiervon 10 Lehrlinge und 20 Arbeitsburschen. Nach diesem Bericht wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Alsdann wurde der Jahresbericht gegeben. Die gesamte Einnahme betrug im Jahre 1917 16 882,70 Mark, die Ausgabe 9664,15 Mark. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresabschluss 1916 477. Er stieg bis auf 972 im Laufe des Jahres 1917, jedoch durch Einziehen zum Militär und Abreisen fiel die Zahl auf 564 am Schluß des Jahres 1917. 7 Versammlungen und 18 Sitzungen haben im Jahre stattgefunden. Die private Bautätigkeit wurde im Laufe des Jahres ganz eingestellt. Bei der Steigerung der Lebensmittelpreise waren die Kollegen gezwungen, über den Tariflohn hinaus Forderungen zu stellen. So wurde z. B. am Monierpark der Stundenlohn für Maurer auf 1,15 Mark für Bauhilfsarbeiter auf 0,95 Mark festgesetzt. Der bisherige Vorstand wurde wieder auf ein Jahr gewählt und als Delegierter zum Verbandstag der Kollege Haß. Zum Schluß wurde dem Kollegen empfohlen, die „Volkswacht“ zu abonnieren. Gleichzeitig wurde auf die im Herbst stattfindende Stadtverordnetenwahl hingewiesen. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten folgte Schluß der Versammlung.

Bund der Kriegsbeschädigten

Die Ortsgruppe Danzig des Bundes der Kriegsbeschädigten erweiterte in ihrer letzten Versammlung den Vorstand, der nunmehr aus folgenden Herren besteht: Vorsitzender Grafmann, Stellvertreter Larrach, Schriftführer Bruno Schmidt, Kassenführer Galle, Rechnungsprüfer Zinder und Goerge. Für neue Mitglieder soll je ein Eintrittsgeld von 50 Pf. erhoben werden. Für Kriegsbeschädigte beträgt der Monatsbeitrag 50 Pf., für Kriegsbeschädigte 25 Pf., Erwerbsunfähigen wird der Beitrag erlassen. Als Vertreter zu dem Bundesstake in Weimar wurde Bruno Schmidt gewählt. Von der Beratungsstelle wurde mitgeteilt, daß neue Anträge auf Anerkennung der Kriegsinvaldität noch innerhalb 10 Jahren gestellt werden können. Wegen der starken Befastung der Lazarette würde man aber im allgemeinen praktisch handeln, etwaige Anträge bis nach dem Kriege zu verschieben. Eine Schädigung ist damit nicht verbunden.

Ein Anschlag auf die Vereinstaffeln

Der durch seine Speisehallenaffäre sattem bekannte Stadtverordnete Felix Klawitter befindet sich gegenwärtig auf dem Kriegspfade gegen die Danziger Vereine. Dieser recht vielseitige Zentrumsagitator kann es anscheinend nicht ertragen, wenn von ihm von Zeit zu Zeit nicht öffentlich gesprochen wird. Er geht jetzt mit dem Plan um, sämtlichen Vereinen in Danzig durch vom Saalbesitzerverein zu treffende Maßnahmen große Schwierigkeiten beim Veranstellen von Versammlungen usw. zu bereiten.

Herr Felix Klawitter ist nämlich neben seiner sonstigen sehr angestrebten Tätigkeit auch noch Vorsitzender des Vereins Danziger Saalbesitzer. Der Vorstand dieses Vereins sandte vor einigen Tagen einen Fragebogen an seine Mitglieder mit dem Ersuchen, Angaben zu machen darüber, ob bei ihnen verkehrende Vereine für Veranstaltungen, wie Versammlungen, Sitzungen und dergleichen, Miete bezahlen und in welcher Höhe. Dieser Fragebogen soll die Unterlagen schaffen für einen aufzustellenden Tarif, wonach die Mitglieder des Saalbesitzervereins für jede in ihren Lokalitäten stattfindende Versammlung oder Sitzung eine angemessene Entschädigung zu nehmen haben.

Geht dieser ohne jeden sachlichen Grund unternommene Klawittersche Anschlag auf die in der Kriegszeit sehr geschätzten Vereinstaffeln in Erfüllung, dann muß für kleine Vereine mit einem teilweise Aufhören des Vereins- und Versammlungslebens gerechnet werden.

Gegen diese Gefahr muß rechtzeitig energisch Front gemacht werden. Das geschieht am besten dadurch, daß alle Vereine gemeinsam zur Selbsthilfe schreiten. Der schon öfter in der Öffentlichkeit diskutierte Vorschlag, Erbauung eines Volkshauses ist jetzt in praktischer Durchführung reif.

Wir erlauben uns den Vorschlag, die ersten vorbereitenden Maßnahmen zur Erbauung eines Volkshauses für alle Vereine dem Kriegsausfluß für Konsumenteninteressierten zu übertragen, dem die meisten und kapitalträchtigsten Vereine angehören. Gelingt es durch gemeinsames Vorgehen aller Vereine den Klawitterschen Plan durch Erbauung eines Volkshauses unschädlich zu machen, so ist damit auch gleichzeitig für bessere Vereins- und Versammlungsmöglichkeit gesorgt, die in Danzig wirklich alles zu wünschen übrig läßt.

F. Schichau und Kaiserliche Werft Danzig.

Am Reichstag ist wieder eine Anzahl Anfragen eingebracht worden, von denen wir folgende, die größeres Interesse heraufheben:

Abg. Weinhausen (Fortf. v. Sp.) stellt folgende Anfrage: Auf einer Danziger Privatwerk waren kürzlich Kohlenfreistellen zwischen der Leitung und einer Gruppe von Arbeitern eingebrochen, die durch den angedrohten Schlichtungsausschuss zugunsten der Arbeiter beigelegt wurden und zur Befreiung des Arbeiterkreises an mehrere Arbeiter führten. Sie erhielten nun auf Anfrage nach Beschäftigung bei der kaiserlichen Werk in Danzig die gleiche Antwort wie auf mehreren Danziger Privatwerken:

„Arbeiter von jensei Werk können nicht eingestellt werden.“

Erst nach 21tägiger Kustverweilung ist es durch Hilfe ihrer Organisation gelungen, noch auf einer Danziger Privatwerk Beschäftigung zu erhalten.

Der Reichskanzler wird gefragt, was er zu tun gedulde, um einer derartigen Beeinträchtigung der gesetzlichen Rechte der Arbeiter und eine derartige Gefährdung der Landesverteidigung durch öffentliche und private Arbeitgeber zu verhindern.

Diese ungemein bemerkenswerte Anfrage betrifft ein in höchstem Grade erstaunliches Zusammenarbeiten der kaiserlichen Werk Danzig mit der Schichtarbeit, die damals noch Eigentum des nun verstorbenen „Vaterlandsparteilers“ Ziese war, sogar gegen die Entscheidung des Schlichtungsausschusses! So steht der „Friede“ aus, den die „Deutsche Vaterlandspartei“ will!

• Direkte Kriegsgefangenenpost nach Russland. Rünftig wird ein Teil der Postsendungen, Briefe und Pakete an deutsche Kriegsgefangene in Russland, unmittelbar durch die Front befördert. Wöchentlich soll zu diesem Zweck ein Bahnwagen durch die Front über Wilna-Dünaburg laufen. Erfreulicherweise wird dadurch die Beförderung der Kriegsgefangenenpost rascher und hoffentlich auch sicherer werden.

Die nächsten Feiertage des Nat. Frauentages finden diesmal am Dienstag, den 19. Februar in der Aula der Oberrealschule St. Petri statt. Der Abend verspricht wieder ein recht inhaltsreicher zu werden.

Feststellungsausschüsse.

Wie in der gestrigen Sitzung des Kriegsausschusses für Konsuminteressen mitgeteilt wurde, hat der Oberpräsident eine Anzahl von Herren aus den Kreisen der Verbraucher als Mitglieder der Feststellungsausschüsse ernannt. Die Herren waren auf dem Polizeipräsidium zu einer Besprechung versammelt. Jeder ist einem bestimmten Landkreise der Provinz zugewiesen worden. Von den Landräten dieser Kreise werden die Herren zu den Besichtigungen einberufen, die etwa eine Woche in Anspruch nehmen dürften. Diese Einberufungen sind zum Teil bereits telegraphisch erfolgt und die Feststellungen beginnen binnen kurzem. Die Mitglieder erhalten außer den Reisekosten ein Zehrgeld von 15 Mark.

Mg. Abgabe von Lebensmitteln. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittelkarte, Lebensmittelplan für Leute über 60 Jahre und Kartoffelkarte erhältlich sind. Das nähere ergibt die Bekanntmachung.

Die sehr zweckmäßige Kontrolle der Haushaltungen nach Uebereinkunft mit Kohlen ist bisher bei einer großen Zahl Familien durchgeföhrt worden. Insgesamt wurden 1013 Haushaltungen kontrolliert, bei 146 Haushaltungen wurden Kohlenverträge beschlagnahmt, aus denen 4463 Zentner Kohlen anderen Leuten, die keine Kohlen besitzen, übergeben werden konnten. Eine große Anzahl Danziger Haushaltungen hat dem Magistrat auch freiwillig Kohlen aus ihren Vorräten zur Verfügung gestellt.

• Wie die hohen Preise entstanden. Eine Frau in Siegen hatte ein Kinderchürchen zum Preise von 18,50 Mark erstanden. Als sie die Preisausschreibung näher in Augenschein nahm, ergab sich, daß eine Reihe von Zetteln übereinander geklebt waren. Um das Geheimnis der vielen Zettel zu ergründen, ließ sie einen nach dem andern ab. Und siehe da, jeder Zettel enthielt eine andere Preisausschreibung. Die Reihenfolge der Zahlen war folgende: 18,50, 12,75, 7,90, 4,25, 2,95. Die letzte Zahl stimmte wachsendlich noch aus der Preiskategorie. Sie hat sich dann von Zeit zu Zeit bis zur Höhe von 18,50 Mark emporenwickelt. Sicher eine anständige Leistung! Die Behörde, der diese Nichterfüllung bekannt wurde, dürfte nicht verfehlt haben, ihr eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Aus Westpreußen

Der Sozialdemokratische Verein in Ohra

nach Dienstag Abend Stellung zu der bevorstehenden Gemeindevahl. Da der Bürgerverein bisher den Bürgerrieden gehalten hat, wollen auch wir ihn nicht brechen. Unter Berücksichtigung dessen jedoch, daß alle vier sozialdemokratischen Gemeindevorsteher zum Heeresdienste eingezogen worden sind, soll der Bürgerverein ersucht werden, ein Mandat der dritten Abteilung der sozialdemokratischen Partei zu überlassen. Die Vorverhandlungen verliefen günstig. Als Kandidat zur Gemeindevahl wurde

Genosse Gustav Walz

nahezu einstimmig gewählt. Unsere Aufgabe wird es nun sein, dafür zu arbeiten, daß die Wahl zu einem Siege des Genossen Walz wird. Unter „Beschäftigten“ wurden Ernährungsfragen behandelt.

Ein Richter aus Ohra.

Die Gemeinde Ohra konnte Dienstag keine Kartoffeln an die Bevölkerung ausgeben. Der Richterhand an Kartoffeln war in der vorhergehenden Woche verteilt worden, auf die letzten Monate war verzichtet. Der Handel an Kartoffeln in der Gemeinde hat sich vermindert. Es waren 1600 Zentner wegen Mangel ohne Marken abgegeben worden, ferner sind die Käufer verpflichtet, wieder durch Kartoffeln das Brot zu werden. Der Ernährungsminister gab sich selbst Mühe, um die fehlende Ware heranzuschaffen. Unter Vorlegung der Verhältnisse wandte man sich an den Landrat. Dieser erließ eine Verfügung an eine Reihe von Grundbesitzern seines Kreises, in der sie zur Lieferung von Kartoffeln nach Ohra verpflichtet

wurden. Bei einer eventuellen Nichterfüllung bis zum 8. Februar waren Zwangsmaßnahmen angedroht. Der Erfolg war hoffentlich Einige Gutbesitzer lieferten einen kleinen Teil der ihnen auferlegten Menge; die meisten erklärten, sie hätten keine Kartoffeln oder ließen garrichts von sich hören. Unserer Meinung nach hätte der Landrat mit der angedrohten Enteignung längst Ernst machen müssen. Bei den Leuten helfen keine guten Worte. Wir machen dem Herrn Landrat den Vorschlag, diesen widerspenstigen Gutbesitzern, den Bezug von Petroleum, Spiritus und Zucker solange zu sperren, bis daß sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Mittwoch Morgen wurden ein Genosse und zwei Genossinnen bei der Provinzialkartoffelstelle und bei dem Herrn Regierungspräsidenten hierher vorstellig.

Ohra. Der Ernährungsausschuss hatte sich in seiner Sitzung vollzähliger als gewöhnlich eingefunden. Ueber die Nichtverfügung Ohras mit Kartoffeln kam es zu einer lebhaften Aussprache und wurde das unwaterländische Verhalten einzelner Kartoffelerzeuger bedauert. Braten werden jetzt nur ausgeführt abgegeben. Ueber die Schulpfeifung wurde berichtet, daß in der katholischen Schule Fräulein Rudnik die Herstellung der Speisen übernommen hat. In der evangelischen Schule ist die Organisation noch nicht soweit gediehen. Die Volksschule steht jetzt unter Leitung des Herrn Dör. Es ist dem neuen Leiter gelungen, Nahrungsmittel nach Ohra zu schaffen. Wird die Beschaffenheit der gebotenen Speisen besser, hebt sich naturgemäß auch die Benutzung der Küche. In letzter Zeit war die Besucherzahl stark gesunken. Es sind wieder zwei Zentner Rindfleisch beschlagnahmt und wird es — wegen angeblicher Minderwertigkeit — ohne Marken verkauft werden. Die Arbeitervertreter waren der Ansicht, daß auch dieses Fleisch hätte auf Marken verkauft werden müssen. Ferner wurde der Vorschlag gemacht, mit derartig beschlagnahmter Ware schwangere Frauen und Schwerstarbeiter zu bedenken. L.

Steegen. Pfarrer Michalik in Steegen veranstaltete „patriotische Versammlungen“, in denen Sammlungen vorgenommen wurden. Wie jetzt die Zeitungen mitteilen, hat Michalik von diesem Gelde abgeführt: 300 Mark für den Denkmalsfonds der Gefallenen, 75 Mark für Kriegsblinde, 75 Mark für Kriegsrümpel und

100 Mark für die Vaterlandspartei.

Also, aus gemeinnützigen Veranstaltungen werden 100 Mark entnommen, um sie einer politischen Partei zuzuwenden, einer Partei, die die Uneinigkeit des deutschen Volkes fördert und einem Verständigungsfrieden entgegenwirkt. Dabei verflügt die Vaterlandspartei, nach den öffentlichen Aufwendungen, die sie macht, über ungewöhnliche Geldmittel. Eine dieser Quellen ist sicher bei den Kriegsgewinnlern zu suchen, die die Vaterlandspartei als eine Versicherungsgesellschaft für möglichst lange Offenhaltung dieser Geldquelle ansehen.

Wenn Pfarrer Michalik wieder mit dem Kängelbeutel herumgeht, dann muß es für jeden Anhänger eines Verständigungsfriedens heißen: Taschen zu!

Elbing. Einen Theaterabend veranstaltet das Gewerkschaftskartell am Sonntag den 17. Februar im Volkshaus. Für die Darstellung sind Mitglieder des bewährten Danziger parteigenössigen Theatervereins gewonnen. Näheres über das Programm siehe aus der heutigen Anzeige und aus den Programmen, die zum Eintritt berechneten und bei den Kassierern der Gewerkschaften a 60 Pfennig im Vorverkauf zu haben sind. An der Abendkasse beträgt der Eintrittspreis 75 Pfennig. Die Aufführungen fanden auch bei früheren Veranstaltungen viel Beifall und ist diesem Theaterabend ein volles Haus von Seiten der Elbinger Arbeiterschaft zu wünschen. Anfang pünktlich 7 Uhr.

In Graudenz wurde kürzlich nach einem Vortrage des Herrn Wiro, Danzig, ein Liberaler Verein gegründet. Erster Vorsitzender wurde Stadtrat Herzfeld. Zu der Gründungsversammlung waren auch die in Graudenz in kleiner Zahl vorhandenen Herzfeld-Dunker'schen Gewerkschafter eingeladen. Sie zogen es aber vor, sich nicht als Dekoration abzugeben zu lassen und blieben zu Hause. Im Vorstand und Ausschuss ist kein Handarbeiter vertreten. Die Herren sind also ganz unter sich. Arbeiter haben dort auch nichts zu suchen. Nur sie kommt nur der Sozialdemokratische Verein in Betracht.

Ohra, 7. Februar. Kapitalisten-Rüstungen. Die Firma Holzgroßhandel und Sägewerke G. m. b. H. zu Bromberg, die kürzlich die Schneidemühle von Spitzer und Schöme am Thorer Schloß erworben hat, hat ihr Grundkapital um 100 000 Mark auf 200 000 Mark erhöht. Gleichzeitig hat die Firma das Sägewerk der Herrschaft Erentendorf bei Bergfriede gepachtet, um die dort gefällten Hölzer zum Einschiffen zu bringen.

Aus der Partei

Fortschritt der Arbeiterbewegung in Dänemark.

Das Jahr 1917 hat der dänischen Sozialdemokratie Erfolge auf den verschiedenen Gebieten gebracht. Die Zahl der Parteimitglieder stieg von 65 000 auf rund 80 000. Die Gemeindevahlen ergaben einen großen Sieg. Im ganzen wurden 1478 sozialdemokratische Gemeindevorsteher gewählt. 14 Städte und 34 kleinere Gemeinden haben sozialdemokratische Mehrheiten, darunter Kopenhagen, wo zwei neue Stadtratsposten von den Sozialdemokraten besetzt wurden, der für Armenwesen und der neu errichtete für kommunal-sozialistische Arbeit. Der Stadtrat für das Armenwesen, Genosse Hugo Christensen, hat eine vollständige Reform seines Ressorts in Angriff genommen. Für die Greise wird eine ganze neue Stadt errichtet. Das Sozialfürsorgewesen wird ausgebaut. Heute bekommen täglich 12 bis 15 000 Menschen für 45 Dore täglich eine Mahlzeit mit zwei Gerichten. Nun arbeiten man daran, eine doppelt so große Anzahl ernähren zu können. Im Reichstag hat die Partei ein Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung durchgeföhrt, worin eine Subvention von 12½ Millionen Kronen bewilligt wird. Die Verwaltung des Unterföhrungswesens wurde in die Hände der Arbeiter gelegt. Wichtig war auch die neue Steuererhebung, die eine außerordentliche Veranschlagung der Steuerlichen zur Folge hat. Namentlich fallen 70 Prozent der ganzen Steuerlast auf die direkten und nur 24 auf die indirekten Steuern. Vor zehn Jahren war das Verhältnis umgekehrt, und auf die direkten Steuern entfielen nur 23 Prozent. Zu erwähnen ist auch die Gründung der Genossenschaften, 1916 war eine Genossenschaft der Kopenhagener Konsumvereine errichtet, die jetzt 16 000 Familien umfaßt und 1917 einen Umsatz von 7½ Millionen Kronen hatte.

On der nächsten Zeit beginnt die Kampagne für die ersten Wahlen auf Grund des neuen Wahlgesetzes. Die sozialdemokratische Partei tritt in sie mit großen Hoffnungen ein, trotz der nicht zu unterschätzenden Propaganda, die die Syndikallisten aus Anlaß der furchtbaren Arbeitslosigkeit betreiben.

Aus aller Welt

— Raubfall auf der Straße. Ein kühner Raub wurde Dienstag in der Neustädtischen Kirchstraße in Berlin verübt. Eine Kontoristin hatte vom Scheckamt in der Dortheenstraße 700 Mt. abgeholt. An der Ecke der Neustädtischen Kirchstraße entriß ihr plötzlich ein junger Burche die Tasche, in der sie das Geld trug und lief davon. Er wurde verfolgt, kam auf der Flucht zu Fall, wurde ergriffen und nach der Wache gebracht. Hier wurde er als ein 15 Jahre alter Paul Müller, der Sohn eines achtbaren Wertmeisters aus der Wehlstraße in Neutölln, der im Felde steht, festgestellt.

— Lebensmittelwucher en gros. Großen Schiebung mit Mehl, Getreide und anderen Feldfrüchten ist das Kriegswucheramt in Zusammenarbeit mit der Reichsgroßhandelsstelle im Kreis Neustadt D.-S. auf die Spur gekommen. Es konnten beschlagnahmt und sichergestellt werden allein 12 000 Zentner Mehl und Getreide, die der Verbrauchsregelung entzogen worden waren. Beteiligt an diesen Schiebung sind der Landwirt Bruno Zipper aus Lindenberg, Kreis Neustadt, der Mehlhändler Kaufmann, der Gastwirt Paul Wilmann, beide in Neustadt D.-S., der Müller Otto Kaufmann in Wachtel-Kunzendorf, Kreis Neustadt D.-S. Mitgewirkt bei den Schiebung haben der Arbeiter Johann Siedlaczek aus Jütz, Kreis Neustadt, der Privatangestellte Erich Meja und die unverehelichte Helene Krost, beide aus Neustadt. Fünf der Beteiligten wurden von Beamten des Kriegswucheramts festgenommen und dem Amtsgericht in Neustadt vorgeführt. Die Beschuldigte in Wachtel-Kunzendorf ist durch das Landratsamt des Kreises festgenommen worden. Es konnte festgestellt werden, daß bei diesen Schiebung der Höchstpreis zum Teil um mehr als das Zehnfache überschritten worden ist.

— Eisenbahnzusammenstoß. Köln, 8. Februar. (W. T. B.) Heute früh fuhr ein Urlaubszug auf einen D-Zug im Güterbahnhof Köln-Chrenfeld. Das Signal war vom Urlaubszug vorzeitig auf „Fahr!“ gestellt. Infolge des Zusammenstoßes wurden sechs Soldaten des Urlaubszuges und eine Dienstinne des D-Zuges getötet, sowie etwa 20 Soldaten verletzt.

— Millionendiebstähle in Berliner Kaufhäusern. Die Verhaftung der Brüder Emil und Ernst Strauß, die den großen Geldendiebstahl im Berliner Hause Michels u. Co. verübt haben, hat zur Aufklärung einer großen Reihe von Diebstählen geführt. Die Brüder hatten eine Anzahl junger Leute um sich gesammelt und mit diesen planmäßig Raubzüge durch die Waren- und Kaufhäuser Berlins unternommen. Der Wert der Beute beträgt mehrere Millionen Mark. Die Brüder die am Wedding wohnten und unter anderem vor vier Jahren vom Dache aus den großen Einbruch in die Warenhäuser des Passagierkaufhauses am Oranienburger Tor verübt haben, gingen stets sehr elegant gekleidet, in Gehrock und Lackstiefeln. Sie verkehrten ausnahmslos in den besseren Wirtschaften und stahlen nur Waren von besser Beschaffenheit. Sie überragten auch ihre Diebsgenossen durch eine weit höhere Bildung. Dies verlieh ihnen eine Ueberlegenheit über ihren Anhang, der sich ihnen um so mehr gefügig zeigte, als sie auch oft vor Gewalt nicht zurückschreckten. Emil Strauß hat, abgesehen von seinen neuen Einbrüchen, noch drei Jahre Zuchthaus zu verbüßen. Im November v. J. aber gelang es ihm, aus dem Polizeigefängnis zu entweichen, indem er eine Witterstange durchföhrt. Erich Strauß wurde zu einem Artillerieregiment eingezogen, desertierte aber, kam nach Berlin zurück und hielt sich hier verborgen. Die große Beute von Michels brachten die Einbrecher, wie die Kriminalpolizei feststellte, zunächst nach der Brunnenstraße zu der Geliebten des Emil Strauß. Von dort kam sie nach am selben Tage nach der Center Straße zu einem Schneider. Von diesem kaufte sie ein Lederhändler vom Wedding, der sie dann an eine Konfektionsfabrik in der Geismstraße weiter veräußerte. Hier fanden die Beamten den größten Teil wieder. Die beiden Brüder wurden in einem Quartier in der Oudenarder Straße entdeckt und in ihren Betten überrascht. Auf den Nachtschischen lagen scharfgeladene Browningspistolen. Die Brüder gaben selbst zu, daß sie unbedenklich von ihren Waffen Gebrauch gemacht hätten, wenn sie nicht im Schlafe überwältigt worden wären. Emil Strauß hatte sich auch bereits für einen zweiten Ausbruch aus dem Gefängnis vorbereitet. Er hatte eine vorzügliche Stahlfuge in ein feines Säppchen gewickelt, gehörig eingepfettet am Körper verdeckt. Mit den Brüdern wurden auch die Braut des Emil Strauß und alle ihre Diebsgenossen verhaftet.

— Raubzüge im Berliner Tiergartenviertel. Das gefährliche Kunsthändler, an der Außenfront der Häuser emporzuklettern und dann durch die offenstehenden Fenster in die Wohnungen einzusteigen, hat der Tapezier Willi Goerner fertiggebracht, der sich Donnerstag in Gemeinschaft mit dem jetzigen Refruten Franz Rimkus vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts I wegen wiederholten schweren Diebstahls zu verantworten hatte. Ende Juli und Anfang August 1916 wurden wiederholt im Tiergartenviertel Diebstähle ausgeführt, die um so unerklärlicher erschienen, als sämtliche Türschloßer der Wohnungen unbeschädigt blieben. Die Diebstähle fanden erst ihre Aufklärung, als beim Legationsrat v. Schmidtthals ein ähnlicher Diebstahl verübt wurde und der Täter auf irischer Lat überrascht werden konnte. Als Herr v. Schmidtthals sein Zimmer betrat, sah er noch, wie ein junger Mensch sich über die Fensterbrüstung schwang und außen an dem Hause auf die Straße hinunterkletterte. Auf gleiche Weise wurden Diebstähle bei dem Leutnant Werner v. Bleichröder in der Renientstraße und beim Hofjohanni Davis in der Fendlerstraße ausgeführt. Als Diebe wurden die beiden Angeklagten ermittelt. Mit Rücksicht auf ihre außerordentliche Gemeingefährlichkeit erkannte die Strafkammer gegen Goerner auf 1 Jahr und 6 Monate und gegen Rimkus auf 2 Jahre und 4 Monate Gefängnis.

— Durch eine verirrte Kugel schwer verletzt. Auf dem Alexanderplatz in Berlin spielte sich Montag mittag ein aufregender Bergang ab. Ein Straßengänger sollte von seinem Wärter zum Bahnhof Alexanderplatz gebracht werden. Den regen Verkehr auf dem Platz glaubte der Geirgense zu einem Fluchtversuch auf ausnutzen zu können. Er riß sich von seinem Wärter los und lief davon. Da der Flüchtige auf den Anruf des Wärters nicht stehen blieb, schoß dieser. Die Kugel verfehlte jedoch ihr Ziel und traf den 20jährigen Postboten Hans Hülkekopf sehr schwer in den Unterarm. Auf der Rettungswache in der Reibstrasse wurde eine Perichometerung des Unterarmes festgestellt und der Verwundete nach Anlegung eines Verbandes in ein Krankenhaus übergeföhrt. Der Flüchtling wurde von Schutzleuten und Passanten eingeholt und seinem Begleiter wieder übergeben.

— 270 000 Kronen veruntreut. Der Krakauer Stadirendant Joseph Dnykiewicz hat 270 000 Kronen veruntreut.

Elbing

Lebensmittelverteilungsplan der Stadt Elbing

für die Woche vom 19. bis 25. Februar 1918.

Montag: 7 Bld. Kartoffeln (Kartoffelmärkte für die Woche vom 19. bis 25. Februar 1918).

Dienstag: 1/2 Bld. Käse (Zusatzmarkt f. Schwer- u. Schwerstarbeiter).

Mittwoch: 1/2 Bld. Rindfleisch (Lebensmittelmärkte).

Donnerstag: 1/2 Bld. Gries (Kinderzulagmärke).

Freitag: 1/2 Bld. Worgentrunk (Lebensmittelmärkte).

Sonnabend: 1/2 Bld. Kaffee-Erfrischmittel (Lebensmittelmärkte).

Der freie Verkauf von Mährbe e, Öbrgengüße, Knochenbrühwürfeln, deutschem und ausländischem Fleisch-Eisatz, sowie Preiselbeeren findet weiter statt, soweit Vorrat reicht.

Elbing, den 16. Februar 1918.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Politische Wochenschau

Deutschland

Reichstagswahl Niederbarnim: 14. März

Der Regierungspräsident in Potsdam hat die durch den Tod des Reichstagsabgeordneten **Arthur Stadthagen** notwendig gewordene Reichstagswahlwahl im Kreis Niederbarnim auf Donnerstag, den 14. März festgesetzt. Die Auslegung der Wahlzettel hat am Dienstag den 12. Februar zu beginnen. Kandidat der Sozialdemokratischen Partei ist bekanntlich der Arbeitersekretär **Genosse Rudolf Wislitzki**. Die „Unabhängigen“ haben ihm einen Gegenkandidaten in der Person des Schriftstellers **Dr. Rudolf Breitscheid** entgegengestellt. Dieser ist natürlich „unabhängig revolutionär“ Herr war noch 1913 ein Führer der „Demokratischen Vereinigung“ und bekämpfte leidenschaftlich die Sozialdemokratie. Die „Mittelradikale“ Arbeiterpolitik, die den „Unabhängigen“ ganz nahe steht, steht über ihm.

Arthur Stadthagen ist gestorben. Niederbarnim ist verwaist. Es muß also einen neuen Vornamen bekommen, dem seine Wähler ihre politischen Geschicke bis zur nächsten Wahl anvertrauen können. Die „Unabhängigen“ wollen dieses würdige Amt einem der Ihren anvertrauen. Wer wollte ihnen das verweigern? Es heißt nun, daß Herr Rudolf Breitscheid der Erfarene ist. Herr Breitscheid kam von den Naumannern her, war bis zum Kriege eine bewährte Stütze des Herrn Stampfer, dessen Korrespondenz er in der Abwesenheit ihres Herausgebers leitete. Er ging im Kriege zu den Sozialpolitikern (die „Unabhängigen“) über, an deren Korrespondenz er sich mit Kautsky, Bernstein und Ströbel beteiligte. Man sieht, Herr Breitscheid hat sich entwickelt; auch ist er redegewandter, lebenswürdig, recht von Herzen patriotisch, kurz; er ist der Mann, der vor allem auch die bürgerlichen Wähler Niederbarnims zu sich herüberziehen wird. Er hat also viel Aussicht auf Erfolg, und da den „Unabhängigen“ das Mandat alles und die Klarheit der Politik nichts ist, so ist Herr Breitscheid ganz ihr Mann.

Die „Arbeiterpolitik“ lehnt die Auffstellung eines eigenen Kandidaten ab, aber für so lange ab, als sich die Unzufriedenheit nicht endgültig von den „Unabhängigen“ losgelöst haben. Dagegen verlangt Mehring, der Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“, im Stützpunkt „Sozialdemokrat“ eine Gegenkandidatur eines Intellektuellen gegen Breitscheid: „Was an dem ganzen Fall Breitscheid interessiert, ist die allmähliche Verschlebung der Unabhängigen Sozialdemokratie nach rechts, gegen die wenigstens diejenigen ihrer Mitglieder, die zur „Gruppe Internationale“ gehören, sich zu wenden ebenso berechtigt wie verpflichtet sind. Sie wären Loren, wenn sie ruhig mit ansehen wollten, daß einer der sichersten unter den Wählern der Unabhängigen Sozialdemokratie mit einer durchaus radikalen Wählerkraft einen parlamentarischen Vertreter erhalten soll, der . . . doch immer auch während seiner knappen Parteifreiheit eine verhängnisvolle Festung gestiftet hat, nach rechts zu steuern.“

Der Kanzler für energische Wahlreform

Berlin, 11. Februar. Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ schreibt: Aus Anlaß einer Unterredung, zu der der Reichskanzler und Ministerpräsident den Präsidenten des Abgeordnetenhauses hatte bitten lassen, machte er dem letzteren unter anderen folgende Mitteilung:

Ihm, dem Ministerpräsidenten, sei in letzter Zeit von verschiedenen Seiten, auch in der Presse, unterstellt worden, daß er nicht mehr mit der gleichen Entschiedenheit, wie bei seinem Amtsantritt für die Wahlreformvorschläge einträte. Er müsse diese Unterstellung mit aller Schärfe zurückweisen, denn er habe sein Wort gegeben, für die Wahlreform einzutreten zu wollen und er werde dieses Wort halten. Er erkenne zwar durchaus an, daß eine für die ganze Zukunft Preußens und des Reiches so entscheidend bedeutungsvolle Vorlage, wie es die preussische Wahlreform sei, eine sehr gründliche und eingehende Durchberatung erfordere und daher nicht in kurzer Frist erledigt werden könne, aber er müsse Wert darauf legen, keinen Zweifel an seinem unveränderten Willen aufkommen zu lassen, die Reform mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zustande zu bringen.

Wahlrechts-Förderung im preussischen Abgeordnetenhause

In einer Beschlusse des „Berliner Tageblattes“ vom Sonntag finden wir folgenden Parlamentsbericht:

Der Vorsitzende (gähnend): Also, die heutige Sitzung des Wahlrechtsausschusses ist eröffnet. (Zuruf rechts: Es zieht!)

Ein konservativer Abgeordneter: Man behauptet, es zieht. Ich beantrage daher, einen Ausschuß einzusetzen, der diese Frage prüft. (Beifall rechts.)

Der Minister: Vielleicht genügt es, wenn wir das Fenster schließen. (Lachender Widerspruch rechts.)

Ein zweiter konservativer: So einfach liegt die Sache denn doch nicht. Diese oberflächliche Art des Ministers weisen wir zurück. (Sehr gut rechts.) In einem Abgeordnetenhause, in dem es zieht, ist eine sachgemäße Verhandlung unmöglich. (Stürmischer Beifall rechts.) Wir brauchen ein neues Haus! Sonst beraten wir die Wahlvorlage nicht weiter. (Bravo- und Lachrufe rechts.)

Ein dritter konservativer: Das war das rechte Wort zur rechten Zeit. Wir beantragen also, daß sofort ein neues Abgeordnetenhause gebaut wird, in dem es nicht zieht. Bis dahin vertagen wir die Wahlrechtsfrage. (Wudelgeschrei rechts.)

Der erste konservative Abgeordnete: Das neue Haus soll aber etwas ganz Besonderes sein. Ich habe nun mal, als ich nicht schlafen konnte weil ich zu viel Hummer gegessen hatte, in einem Buche geblickert. (Hört, hört! rechts.) Da war von einem Stein der Weisen die Rede. Ich beantrage, daß das neue Haus aus diesen Steinen der Weisen gebaut wird.

Der zweite konservative: Wir beauftragen also den Minister, das Weitere zu veranlassen, und wenn die Sache sich ein bisschen in die Länge ziehen sollte . . .

Ein stämmiger Zuruf aller konservativen Abgeordneten . . . Wir können warten!

Wo stecken die Kriegstreiber?

Für die Wegnahme des französischen Erzbeckens von Compiègne-Briey spricht sich die „Kreuzzeitung“ folgendermaßen aus:

Aber Herr Dernburg sollte doch aus den bisherigen Erörterungen bekannt sein, daß es nicht der Geldwert dieses Erzbeckens ist, um dessentwillen wir es fordern, sondern weil an seinem Besitz die Möglichkeit künftiger Kriegführung hängt.

Und der antimilitärische Professor Wolf-Düffelhardt schreibt in der „Schwerindustriellen Rheinisch-Westfälischen Zeitung“:

Auch gibt es in der Geschichte nichts Fertiges, nichts Abgeschlossenes. Ein Friedensschluß beendet nicht nur den Krieg, sondern er bereitet auch schon die Aufstellung für den nächsten Krieg vor.

Also als Vorbereitung zu einem neuen Krieg soll das Nordsee- und Berrückens noch fortgesetzt werden. So erklärt es sich auch, daß der Alldeutsche Verband aus Angst, die Entente könne sich den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk anzuschließen, sich also vernehmen ließ:

„Gnade uns Gott, wenn sie ist!“

Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Laß, erklärte vor Jahresfrist in Hamburg:

„Wir können vom 12 auf den 11. März danken, daß die Feinde das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 nicht angenommen haben.“

Und nach Kriegsausbruch hatte derselbe Verband erklärt: „Wir haben Gott auf den Knien gebittet, daß der Versöhnungsplan (mit England) ins Wasser gefallen ist.“

Das sind die heimlichen Kriegstreiber und Kriegsverlängerer, die obendrein heuchlerisch die Schuld an ihrer Großmäuligkeit und deren Folgen den Feinden zuschieben.

Das Vaterland gegen die „Vaterlandspartei“

Hinauswurf von Kriegsbeschädigten.

Aus Ost und West, Nord und Süd, aus dem ganzen Reich hageln jetzt die Nachrichten von mißglückten Unternehmungen der Vaterlandspartei. Eine spontane Bewegung ist im Gange, um den „Vaterlandsparteilern“ zu zeigen, wie die wirklichen Massen des Vaterlandes über ihr Treiben denken.

Nachdem eine Reihe größerer Orte vorangegangen, wird dem „Vorwärts“ aus S e n n e d e m ü h l in Posen geschrieben:

Wie überall, so entfaltete die Vaterlandspartei auch hier eine rege Tätigkeit. Am 20. ds. fand in einem der größten Säle die Generalsammlung statt, in der ein beamteter Vertreter der christlichen Nächstenliebe, Herr Pfarrer Bestholz über „Die nächsten Aufgaben der Vaterlandspartei“ sprach. Obwohl nach den Ankündigungen Gäste Zutritt haben sollten, erklärte der Vorsitzende vor Beginn der Versammlung, daß Nichtmitglieder den Saal zu verlassen hätten oder innerhalb 10 Minuten ihren Beitritt erklären sollten. Mehr als zwei Drittel der Anwesenden folgten der ersten Aufforderung und verließen unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie, auf den Verstandlosen, auf das gleiche Wahlrecht und unter den Ruf „Nieder mit der Vaterlandspartei!“ den Saal.

In einer öffentlichen Versammlung, die die „Vaterlandspartei“ am 20. Januar in Pommern abhielt, forderten einige Kriegsbeschädigte Redefreiheit. Die Zeitung verweigerte das Wort mit der Begründung, daß nur Freunde der „Vaterlandspartei“ eingeladen seien. Der Eroberungspolitiker anzusehen. Der Vorsitzende wies den Kriegsbeschädigten, die sich an dem Saal betrogen, die Türe. Als die mit ihren Tapferkeitsauszeichnungen geschmückten Kriegsbeschädigten nicht gingen, schaffte sie die Polizei aus dem Saal. Selbst die bürgerliche Presse, wie die „Pöln. Postzeitg.“, wagt nicht, das Verhalten der Kriegsbeschädigten zu tadeln.

Auch in Pöln, wo die Vaterlandspartei ihre Versammlung aus Furcht vor den anwesenden Sozialdemokraten nicht abhalten wollte, waren ebenfalls die Kriegsbeschädigten erschienen. Ihr Führer, ein Mann mit Eisernen Kreuz I. und II. und dem Hankeakenkreuz, schrie nicht einmal das Wort zur Geschäftsordnung.

Entlassene!! Reklamierete!! Zur Arbeit Beurlaubte!!

Bergeht nicht eure Mitgliedschaft bei der Partei wieder anzumelden und zu erneuern!!

Die schweren politischen Kämpfe um die freirechtliche Umgestaltung von Reich und Staat, sowie um eine bessere Zukunft der deutschen Arbeiterklasse und für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erfordert die Mitarbeit und Beitragsleistung aller Parteigenossen.

Nur starke und leistungsfähige Organisationen sind zur Vorbereitung und wirksamen Führung unserer Kämpfe in Gegenwart und Zukunft in der Lage.

Darum seid Euch des Ernstes unserer Zeit bewußt!! Meldet Euch bei den Vertrauensleuten der Partei oder direkt auf dem Parteibüreau, Danzig, 4. Damm 7, zur Beitragsleistung und Mitarbeit wieder an.

Vaterlandspartei und Katholizismus

Flugblätter vor der Kirche

Die „Deutsche Vaterlandspartei“, die sich mehrere Tage lang, während der Streikbewegung, einige Zurückhaltung in ihrer Agitation auferlegt hatte, begibt ihre Treibereien von neuem. Das Breslauer Zentrumsorgan, die „Schlesische Volkszeitung“, schreibt:

„Ein Heftflugblättchen ließ am Sonntag die Vaterlandspartei — ohne ihren Namen zu nennen — vor einigen katholischen Kirchen Breslaus verteilen. Es lautet: „Joseph Börrer, der größte Vorkämpfer der deutschen Katholiken, über die Frage: ‚Berzäufrieden oder Sicherungsfrieden?‘“ Schon in dieser Frage liegt für die deutschen Katholiken eine Beleidigung, denn es hat bisher keiner von ihnen die Forderung eines Berzäufriedens erhoben, vielmehr hat ihre amtliche Parteivertretung ausdrücklich einen Frieden verlangt, der Deutschlands Sicherung gewährleistet. Damit wäre an sich das Treiben der Vaterlandspartei auch in diesem Falle auf seinen Tatsachengehalt zurückgeführt, wir wollen aber weiter noch folgendes feststellen: Es heißt, um uns ganz milde auszudrücken, eine außergewöhnliche Geschmacklosigkeit dazu, vor katholischen Kirchen ohne Vorwissen, geschweige denn Billigung der zuständigen Pfarrer Flugblätter verteilen zu lassen, die die katholischen Kirchgänger irreführen sollen.“

Nachdem das Zentrum der Vaterlandspartei eine mehr als deutliche Abfolge auf ihre Bestrebungen erteilt hat, ist diese neue Agitationsmethode, die selbst vor dem konfessionellen Gebiet nicht halt macht, doppelt befremdlich.

Toleranz

Das „S. T.“ erhält folgende Zuschrift:

„Ein Schlossermeister M. in Spandau, der in einem großindustriellen Betriebe mit gutem Gehalt angestellt ist, wandte sich vor einiger Zeit an das Amtsgericht Spandau mit dem Antrag, die Adoption eines vor sechs Jahren von ihm und seiner Ehefrau an Kindesstatt angenommenen Kindes zu genehmigen. Da die M. ihren Eheleute noch nicht 50 Jahr alt sind, war zur Adoption die Befreiung von den Bestimmungen des § 1744 des Bürgerlichen Gesetzbuches erforderlich. Der Schlossermeister und seine Frau sind jedoch Dissidenten und das Amtsgericht kam aus diesem Grunde zu folgendem Beschluß:

Das Gericht hat in dem Umstand, daß beide Eheleute Dissidenten sind, eine Gefahr für die religiöse Erziehung des katholisch getauften Kindes erblickt. Es ist anzunehmen, daß beide Eltern bewußt religionslos geworden sind, und daß sie die erteilte Gewalt dazu mißbrauchen werden, um ihr Adoptivkind zu den gleichen Anschauungen zu erziehen.

Es ist bei der Würdigung dieses Gerichtsbeschlusses in tatsächlicher Hinsicht zu berücksichtigen, daß das Kind, das unehelich geboren ist, bereits vor sechs Jahren von den M. ihren Eheleuten an Kindesstatt angenommen worden ist, daß es seine Pflegeeltern für Vater und Mutter hält und daß es seine eigentliche Mutter, die jetzt mit einem Arbeiter verheiratet ist, nicht kennt. Die Pflegeeltern leben in guten Verhältnissen, die Mutter lebt in Not und mühte das Kind wieder in Pflege geben.

Das nennt man tolerant!!

Das Opfer der Vermögenden

Berlin, 6. Februar. Nach der „Täglichen Rundschau“ hat der Gedanke, eine Vermögensabgabe zu erheben, schon ziemlich bestimmte Anlässe angenommen. Man denkt sie auf eine Reihe von Jahren — von 15, wie es heißt — zu verteilen. Endlich hofft man über eine Einheitshöhe von durchschnittlich 10 vom Hundert nicht hinauszugehen zu brauchen.

Diese Mitteilung ist für die ehrenwerten Kriegsgewinnler sehr tröstlich!

Oesterreich-Ungarn

Abrechnung über den Wiener Massenstreik

Auf dem niederösterreichischen Landesparteitag wurde zwei Tage lang über den Massenstreik gesprochen. Es fehlte nicht an Kritik gegenüber der Parteileitung, aber sie wurde nur von wenigen Rednern am Anfang der Debatte geübt, während andere feststellten, daß die Parteileitung sich mit Geschick und Tatkraft an die Spitze der Bewegung gestellt und ihr zum Erfolg verholfen habe. Es fehlte auch nicht an Hinweisen darauf, daß die trotz der Richtungsunterschieden vorhandene Einigkeit und Geschlossenheit der Partei im Gegensatz zu der Spaltung in Deutschland ihren Anteil an dem Erfolg habe. Man trat hervor, daß die Forderung nach Freilassung Friedrich Adlers eine große Rolle in der Bewegung gespielt hat und daß es viel Mißstimmung hervorgerufen hat, als diese Forderung nicht unter die offiziellen Forderungen aufgenommen wurde. Die Partei steht auf dem Standpunkt, daß er vor die Geschworenen zu bringen, nicht aber, daß er, obwohl das Urteil von einem Ausnahmegericht gefällt wurde, einfach freizulassen sei.

Während der Bewegung sind zwölf Personen verhaftet worden, bei denen man revolutionäre Flugblätter fand; sie haben ihre Verhaftung ablehnt und sich selbst und ihrer Unvorsichtigkeit zugeschrieben.

Es fehlte nicht an Spott darüber, daß sich die Freunde dieser Radikalen um Hilfe an einen Abgeordneten gewendet haben, nebenbei bemerkt an einen Zionisten; danach scheinen es jüdische Flüchtlinge aus den Kriegengebieten des Nordostens gewesen zu sein, die allerdings unter dem Krieg besonders zu leiden haben und Immitten des Kleinbürgertums nicht mehr gereizt werden müßten.

Die Redner der Parteileitung, Dr. Ellenbogen, Dr. Renner, Cich und Dr. Victor Adler, ließen keinen Zweifel darüber bestehen, daß ihnen die Einschaltung des Arbeiterrats zwar wünschenswert erscheine, um die Fühlung mit den Arbeitermassen zu behalten, daß aber im Arbeiterrat nicht etwa ein Tumultmelplatz der Temperamentsausbrüche unorganisierter Leute werden soll und daß die Führung auch den die Verantwortung tragenden, also der Parteileitung, bleiben müsse.

Rußland

Vordringen der Polen in Pöbollen

Petersburg, 6. Februar. (P. T. U.) Am 20. Januar bemächtigten sich polnische Legionen in einer Stärke von 26 000 Mann verschiedener Waffengattungen, die unter der Führung des Generalstabes des Hauptquartiers standen, der Stadt Rogatschew. Der Sowjet wurde zerstreut und die Sowjets der Bauern, sowie die Kommissare verhaftet. Das Schatzamt in dem sich 1 600 000 Rubel Bargeld befanden, wurde mit Beschlag belegt. Die russischen und polnischen Sozialisten wurden verhaftet. Der polnische Generalstab erklärte Rogatschew und den von Mohilow abhängigen Bezirk als Teil der polnischen Monarchie. Die Züge wurden in Rogatschew zurückgehalten und russische Soldaten erschossen. Der ausführende Ausschuß betrachtet die gegenrevolutionäre Entwicklung der polnischen Bourgeoisie und ihrer Legionen als direkte Bedrohung. Die Macht der Sowjets verfiel deshalb die Verhaftung der Vertreter der Bourgeoisie, der Grundbesitzer und Führer der Kadettenpartei, die mit den Feinden in offenem Kampfe gegen uns gemeinsame Sache machen. Fürst Smiatopolk Mirsky und Erzbischof von Stjel wurden mit Einverständnis der polnischen Sozialistenpartei verhaftet. Das russische Hauptquartier ergreift strategische Maßnahmen. Aufrufe werden verbreitet werden. Die sozialistische Regierung hat dem polnischen Generalstab ein Ultimatum überreicht, worin die Räumung Rogatschews und die Einstellung der Gewalttätigkeiten und Verhaftungen gefordert wird.

Die Trennung von Kirche und Staat

W. I. B. Petersburg, 7. Februar. (P. T. U.) Ein Erlass über die Gewissensfreiheit der religiösen Gesellschaft auf Trennung von Staat und Kirche, die Abschaffung aller Vorbehalte, die sich auf ein Glaubensbekenntnis begründen, und aller Beschränkungen der Gewissensfreiheit verkündet vollkommene Freiheit der religiösen Sitten, soweit sie nicht die bürgerlichen Rechte und die öffentliche Ordnung berühren. Niemand darf seine bürgerliche Pflicht unter Berufung auf seine religiöse Überzeugung vernachlässigen. Es ist erlaubt, die bürgerliche Pflicht durch eine andere vom Volksgericht genehmigte zu erfüllen. Der religiöse Eid wird abgeschafft und durch eine feierliche Versicherung ersetzt. Die Eintragung der Eheschließungen und Geburten geht auf die bürgerliche Behörde über. Die Schule wird von der Kirche getrennt. Der obligatorische Religionsunterricht wird aufgehoben. Alle kirchlichen und religiösen Gesellschaften genießen keine Sonderrechte oder Unterstützung von Seiten des Staates und besitzen kein Eigentum. Alle Güter in ihrem Besitz werden als Volkseigentum erklärt. Die Gebäude und Gegenstände, die dem Kultus dienen, gehen an die religiösen Gesellschaften zu kostenlosem Gebrauch über.

W. I. B. Rotterdam, 6. Februar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge erfährt „Daily News“ aus Petersburg vom 2. Februar: Die Revolution geriet zum erstenmal wegen der Beschlagnahme des Grundbesitzes und der Gebäude des reichen Alexander-Newski-Klosters in einen ernstlichen Streit mit der Kirche. Man braucht die Gebäude für wohltätige Zwecke. Als aber bekannt wurde, daß Vertreter des Sowjets, die das Klostergebiet mit Soldaten von der Roten Garde und mit Matrosen betreten, das Inventar des Klosters aufnahmen, liefen Scharen von Gläubigen aus der Nachbarschaft hinaus, und es wurden Protestzusammenkünfte abgehalten. Der geistliche Rat des Klosters beschloß, das Vorgesagte zur Kenntnis des Patriarchen zu bringen.

Kirche und Revolution

W. I. B. Petersburg, 7. Februar. (Meldung der P. T. U.) Das Kommisariat für öffentliche Wohltätigkeit teilt über die Ausschreitungen in der Nachbarschaft des Klosters Alexander-Newski-Lawra mit:

Am 26. Januar begaben sich die Vertreter des Kommisariates nach dem Kloster und der Kathedrale Alexander-Newski, um deren innere Einrichtungen zu untersuchen und den Grad zu bestimmen, in dem sie für die Zwecke der öffentlichen Wohlfahrt nutzbar gemacht werden könnten. Troßdem t

wetropodst die Annahme des Klosters genehmigte, letztere der Prior Wilberstand. Der Kommissar beschloß die vorläufige Entfernung des Betons. Am 1. Februar erließen der Kommissar in Begleitung von Raten Gardisten und Kronstädter Matrosen im Kloster. Die Mönche säuerten Sturm und verammelten die Bewohner des Klosters. Der Prior wurde verhaftet. Im gleichen Augenblick führte ein Priester Stockschläge gegen einen Raten Gardisten, der sein Gewehr abwarf. Die Menge griff den Kommissar an und mißhandelte ihn mit Stockschlägen. Das gleiche Schicksal erfuhr ein Roter Gardist. Vor den Ausschreitungen der Menge und der Mönche wurde die Garde durch Soldaten geteilt, die die Menge zerstreute. Hierauf wurde das Kloster durch Soldaten besetzt.

Verstaatlichung der Schifffahrt

Petersburg, 10. Februar. Ueber die Nationalisierung der Handelsflotte wird folgende Mitteilung veröffentlicht: Alle Schifffahrtsunternehmungen, die Aktiengesellschaften, Handelshäuser und Großunternehmern gehören, werden durch Dekret des Volksrates für nationales Eigentum der Republik erklärt. Eine Ausnahme bilden aber bestimmte kleinere Fahrzeuge. Ferner wird das Projekt eines Dekretes über die Konfiskation des Aktienkapitals der früheren Privatbanken veröffentlicht. Demgemäß werden alle diese Kapitalien in vollem Umfange konfisziert und der Volksbank der russischen Republik übergeben. Alle Bankaktien werden annulliert. Jede Dividenden-

auszahlung wird eingestellt. Unter der Bezeichnung „Volkskommissariat für Finanzen“ wird ein Finanzkollegium gegründet.

Weitere Verstaatlichung der Industrie

Petersburg, 5. Februar. Der Rat der Volksbeauftragten beschloß durch Sondererlaß die Werkstätten der Petersburger Gesellschaft für elektrische Leitungen und die Fabrik für militärische Ausrüstungsgegenstände von Warfumschmitt.

Sozialistische Kritik an den Bolschewiken

In der Eröffnungssitzung der russischen Konstituante, die sofort der Auflösung verfiel, bildete eine Rede des Sozialisten Jerebell den Höhepunkt der Verhandlung. Was er über die Tätigkeit der Bolschewiken sagte, sei ungekürzt mitgeteilt:

„Hier wurde uns gesagt, man werde vor uns seine Rechenschaft ablegen, aber die konstituierende Versammlung ist auch vom Standpunkt der Parteien, die dies proklamieren, als das Organ des höchsten Volkswillens anzusehen. Ist dem nicht so, wie ist es dann zu erklären, daß der konstituierenden Versammlung der Antrag unterbreitet wird, die hier verlesenen Grundzüge zu bestätigen? Wozu wurde dann die Konstituante einberufen, die während der Herrschaft des Rates der Volkskommissare gewählt wurde? (Stürmischer Beifall im ganzen Saale mit Ausnahme der Regierungspartei.) Ich frage Sie, was ist durch Ihre Experimente praktisch erreicht worden? Eine Organisation der Volkswirtschaft? Wo ist sie? Werden Sie behaupten, daß Ihre Veruche auf dem Gebiete der Ernährungsfrage es zu etwas gebracht haben? Gibt es irgendwelche Resultate in der Organisation der Erzeugung? Sie werden „ja“ sagen. Ich frage aber, wie organisieren Sie die Volkswirtschaft Rußlands? Sie reden

mit Nachdruck von der Landfrage. Was haben Sie darin erreicht? Das Land hat in der Tat den Besitz gewechselt. Aber stärken denn die Nachrichten, die vom Lande kommen, bei Ihnen die Zuversicht, daß das Land wirklich in die Hände der ärmeren Bauernschaft übergegangen ist, und daß nicht die Mäckerer und Reichen von den Erbschlegelungen der Revolution Beifall ergriffen haben? Würde die Landreform sich so befehlen, wie sie sich zurzeit abwickelt, so wäre dies keine Reform der großen russischen Revolution. Das wäre die Wiederholung der Stolypinischen Auspielung der Stärkeren, denjenigen reicheren Bauernschichten, die ohnehin die Landbesitzerung in ihrer Hand gehalten haben. Wird nicht die Landreform planmäßig durch Organe des gefainten Volkes durchgeführt, die imstande wären, alle leuchtigen und geistigen Kräfte der Nation in Bewegung zu setzen, so wird sie einen Charakter annehmen, der alle, die aufrichtig die Befreiung der Revolutionserwartungen auf dem Lande erstreben, mit Entsetzen erfüllen und abschrecken wird.“

Diese Kritik der bolschewistischen „Landreform“, die beinahe in einem kurzen Dekret — und nichts weiter — bestand, ist überaus wichtig. Die landläufige Auffassung in Deutschland geht dahin, daß die Bolschewiken den Bauern das Land gegeben haben. Während die Wahrheit darin besteht, daß sie die gewaltige organisatorische Arbeit, die in der Hauptstadt und in der Provinz durch die Landkomitees geleistet wurde, sich unterbrochen und das Signal zur anarchischen Aneignung des Bodens und des toten und lebendigen Inventars usw. der Güterbesitzungen gegeben haben.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, B m b 6, Königsberg 1. Br.

Abgabe von Lebensmitteln.

- Es werden verabfolgt:
- 1. Von Montag, den 18. bis Sonnabend, den 23. Februar:**
 - a) Auf die Marke 7 der Kartoffelkarte 4 Pfund und auf die Marke 8 der Kartoffelkarte 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
 - b) Auf die Marke 46 der Lebensmittelkarte für Erwachsene eine **1/2-Pfundung Saffran** erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Nahrungsmitteln erfolgt ist.
 - 2. Von Dienstag, den 19. bis Sonnabend, den 23. Februar:**
 - a) Auf die Marke 49 der Lebensmittelkarte für Erwachsene und **K 49** der Lebensmittelkarte für Kinder je 250 Gramm **gebörte Wurst** zum Freie von 1,50 Mk. für das Pfund.
 - b) **Zum Bezuge der gleichen Menge gebörte Wurst** berechtigt die **Marken 21 und 22** der in den Nachbargemeinden Brentau, Emsau, Ohra, Bürgerweiser, Groß-Walldorf, Klein-Walldorf, Groß-Plehnendorf und Klein-Plehnendorf ausgegebenen Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder.
 - 3. Von Mittwoch, den 20. bis Sonnabend, den 23. Februar:**
 - a) Auf die Marke **K 46** der Lebensmittelkarte für Kinder **125 Gramm Sago** zum Freie von 1,20 Mk. für das Pfund, erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Nahrungsmitteln erfolgt ist.
 - b) Auf die Marke **K 32** der für die oben aufgeführten Nachbargemeinden ausgegebenen Lebensmittelkarte für Kinder werden **125 Gramm Sago** in den dortigen Geschäften verabfolgt.
 - c) Auf die Marke **10** der Lebensmittelkarte für Leute über 30 Jahre **125 Gramm Suppenmehl** erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Nahrungsmitteln erfolgt ist.
 - d) **Die gleiche Menge Suppenmehl** wird in den obigen Nachbargemeinden auf die Marke **9** der dazwischen für Leute über 60 Jahre ausgegebenen Lebensmittelkarte verabfolgt.
 - e) Auf die Marke **51** der Lebensmittelkarte für Erwachsene **1/2 Pfund Fleischbrat-Ersatz** zu den auf den Karten aufgedruckten Preisen, erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Nahrungsmitteln erfolgt ist.
 - f) In den Nachbargemeinden wird gleichzeitig auf die Marke **29** der Lebensmittelkarte für Erwachsene **1/2 Pfund Fleischbrat-Ersatz** abgegeben werden.
 - 4. Von Freitag, den 22. Februar:**
 - a) Auf die Marke **50** der Lebensmittelkarte für Erwachsene und **K 50** der Lebensmittelkarte für Kinder und auf die Marken **32** und **K 33** der in den Nachbargemeinden ausgegebenen Lebensmittelkarten je **1/2 Pfund Kanthönig** zum Freie von 75 Pfg. für die **1/2-Pfundung**, erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge erfolgt ist.
 - b) Die Kleinhandler werden von der Verteilungstelle Ab. Eilen, Paradiesgasse 16, schriftlich benachrichtigt, wenn sie den Kanthönig abholen können.
 - c) Die von den Kleinhandlern herausgegebenen Marken sind den zuständigen Verteilungstellen unverzüglich einzureichen.
- Danzig, den 14. Februar 1918. 40

Der Magistrat.

Bekanntmachung betreffs Anmeldung von Bauten und Freigabe von Ziegelwaren.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung betreffs der Anmeldung von Bauten vom 8. Juli 1917, der Beschließung und Anfertigung von Ziegelwaren vom 15. Januar 1918, sowie auf die in demselben Erlass über die Freigabe von Ziegeln vom 23. Dezember 1917, die und welche in Kraft stehen, wird auf folgende Bestimmungen hingewiesen:

Jeder Bauherr, der einen Bau, Erweiterung oder Umbau von Gebäuden im öffentlichen Interesse, bei dem der vollständige Ziegelbedarf durch Aufkäufe von Ziegeln gedeckt werden soll, hat die Freigabe von Ziegeln bei der Anmeldung des Baues zu beantragen. Die Freigabe von Ziegeln wird auf Antrag des Bauherrn durch die Ziegelwerke bewirkt.

Die Freigabe von Ziegeln ist durch die Freigabe von Ziegeln bewirkt, die von den Ziegelwerken in der Menge von 500 Stück zum Freie von 1,50 Mk. für das Pfund, erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Nahrungsmitteln erfolgt ist.

Danzig, den 5. Februar 1918. 34

Kriegsamtsstelle Danzig.

Raucher! Achtung!
Wollen Sie echten Tabak rauchen?
Wollen Sie wohlfeil rauchen?
Dann pflanzen Sie sich Ihren Tabak selbst!
Tabakpflanzen zur Erzeugung von ca. 20 kg Tabak nach Selbstanweisung und Beihilfe des Verfassers gegen Entgelt von 1,50 Mk. (Postnachnahme) 1.50. Alle Details siehe in den Nummern 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100. Joh. Knizel, Garten R.-E. T. 105.

Nur für Wiederverkäufer! Täglich grosse Nachträge!

vorzügliches Handwaschmittels „Ivo“

Ohne Seifenkarte Preis 6.50 Mk. p. Kiste (Inhalt 100 Stück)

Ferner Waschmittel für feine Wäsche und Wollwäcker in weissen Riegeln a 54 Pf. Riegel ca. 1 Pfund schwer.

Engroshaus
Julius Goldstein
Danzig
Junkergasse 4 :: Fernruf 551

Berufsgewerkschaftskartell Elbing

Sonntag den 17. Februar, abends 5 Uhr, im Volkshaus

Grosser Theater-Abend

Für Aufführung geladigen neben mehreren humoristischen Szenen die wirkungsvollen Lustspiele:

„Einer muß heiraten“
und
„Der Orang-Utan“

Mitwirkung bewährter Danziger parteigenösslicher Kräfte.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf à 60 Pfg. bei den Kassierern der Gewerkschaften erhältlich.

An der Abendkasse 75 Pfg.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Ausschuss.

Feierstunden

für erwerbstätige Frauen und Mädchen aller Stände

8. Abend, Dienstag den 19. Februar, abds. 7 Uhr in der Aula der Petrischule (Hansplatz)

1. Kriegsbericht des Landsturmgewaltigen Kose.
2. Was lassen wir unsere Kinder werden? Mit Aussprache. (Herr Rektor Danzow).
3. Klavierkonzerte (Fräulein Klaff).
4. Souborvorführungen (Herr Rechtsanwalt Dr. Koch).
5. Reulenübungen der Jugendabteilung der Mädchenschule Langgarten (Eingeübt von Fr. Reumann).

Eintrittspreis 10 Pfennige. 39

Nat. naler Fr uendienst Danzig

Bekanntmachung zur Gasversorgung.

Auf Verfügung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung ist durch nähere Bekanntmachung vom 8. August 1917 der Gasverbrauch, eingeschränkt und etwaiger Mehrverbrauch mit einer Quote von 50 Pfg. für den cbm belegt. Der Winterverbrauch wird nach erfolgter Ableitung im April h. J. abgerechnet werden.

Die Nachbarn hierauf wird darauf hingewiesen, daß Gelegenheit geboten ist, etwa vorher erfolgte Ueberschreitungen durch Erwarmen auszugleichen.

Danzig, den 11. Februar 1918. 26

Der Magistrat.

Schreiben Sie schlecht?

Dann schaffen Sie sich das Werk „Schnellschönschreiben“ an. Auch die schlechteste Handschrift wird in wenigen Stunden schön und sch. a. 80000 Expl. verkauft. Franko 1 Mk. Nachn. 20 Pf. mehr

K. KULA, Berlin-Neukölln, Postfach 330

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 wird für den Stadtkreis der Festung Danzig folgendes angedordnet:

Die Bekannmachung vom 16. Oktober 1917 über die Öffnungszeiten der offenen Verkaufsstellen wird dahin ergänzt, daß Petroleum und Streichhölzer wie Lebensmittel auch in der Zeit von 4—7 Uhr nachm. verkauft werden dürfen.

Danzig, den 14. Februar 1918. 35

Der Kommandant der Festung Danzig.
von Pfael, Generalmajor

Echt geladellen **Schnupftabak** garantiert rein.

Julius Gosda

Rohtabakgroßhandlung und Schnupftabakfabrik

Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Priesterstraße 5. Fernspr. 2428

Hüte in reicher Auswahl

Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen

Julius Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Führer

durch das preussische Einkommensteuergesetz

Mit 19 Formulare für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister

Preis 60 Pfennige

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht Danzig :: Paradiesgasse

„Volksfürsorge“

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Policenverfall

Man verlange Prospekt von der Rechnungsstelle 16 Danzig
Dr. Schmidt, Waisenbuden 25

Moderne illustrierte Zeitschriften:

Der wahre Jakob 15 Pfennig

Jugend 55 Pfennig

Simplicissimus 45 Pfennig

Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32.

„Vorwärts“-Bibliothek
Gute Bücher für Unterhaltung und Belehrung gehören ins Feld:

Erwakt	Ein Roman aus dem Proletariatleben von H. Ger
Der Ausweg	Eine Erzählung von Ernst Sterganz
Das Land der Zukunft	Uebersetzung von Ruth
Verführtes Volk	Erzähl. von H. Ger
Der Prinzipienreiter	Erzähl. von H. Ger
In den Tod getrieben	Erzähl. von H. Ger
Der Pariser Garten	Erzähl. von H. Ger
Mutter	Ein Frauenstück von H. Ger
Der Morgen graut	Erzähl. von H. Ger
1000 Mark Belohnung	Erzähl. von H. Ger
Die Heiterelei	Eine lustige Erzählung von Otto Lubow
Vom Waisenhaus z. Fabrik	Erzähl. von H. Ger
Der Gotteslästerer	Erzähl. von H. Ger
Die Marketerdeier	Erzähl. von H. Ger
Kriegsfahrten	Erzähl. von H. Ger
Kriegsberichte	Erzähl. von H. Ger
Herzen im Kriege	Erzähl. von H. Ger

Jeder Band gebunden. Preis 1,20 Mark.

Buchhandl. Volkswacht Danzig, Paradiesgasse 32.